

Noch nicht genehmigt!



EINWOHNERRAT

Protokoll

der 19. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum: 21. Januar 2026

Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil

Sitzungsdauer: 18:00 – 21.10 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Mehmet Can, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident
Andreas Bammatter
Biljana Grasarevic
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Jonas Stettler, Jurist

Anwesend: Mark Aellen, Kornel Bay, Lea Blattner, Lea Butscher, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Flavio Fehr, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Hanna Kirchhofer, Patrick Kneubühler, Niklaus Morat, Laura Neuhaus, Anja Oser, Urs Poživil, Corinne Probst, Alfred Reilstab, Miriam Schaub, Lucca Schulz, Tim Sölllick, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Iracema Tirant, Simon Trinkler, Henry Vogt, Jörg Waldner, Olivier Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: René Amstutz, Dominik Baumgartner, Melanie Butz, Matthieu Döbler Paganoni, Philipp Reck, Louis Seifried, Florian Spiegel

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21
18.05 Uhr 32 Anwesende = 22
18.35 Uhr 31 Anwesende = 21
21.05 Uhr 30 Anwesende = 20

Bereinigte Traktandenliste

1. Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, Urs Poživil, FDP-Fraktion und Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion, vom 5.11.2025, betreffend
Konsultativabstimmung
Antrag des Gemeinderats: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4810
2. Bericht des Gemeinderats vom 19.3.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 17.12.2025, betreffend
Teilzonenplan und Teilzonenvorschriften Binningerstrasse - Teilzonenplan, Teilzonenreglement sowie Mutation Baulinien, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4773 / A
3. Bericht des Gemeinderats vom 12.2.2025, sowie Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 7.10.2025, betreffend
Teilrevision des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung und Beantwortung Motion von Matthias Häuptli, GLP, und Urs Poživil, FDP, betreffend Parkkarten für Allschwiler Unternehmen, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4181C / D
Geschäft 4678A / B
4. Bericht des Gemeinderats vom 24.9.2025, zur Motion von Christian Jucker, GLP, vom 7.10.2024, betreffend
Transparenz im Stellenplan v2.0: Einbezug privatrechtlicher Anstellungen
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4757 / A
5. Bericht des Gemeinderats, vom 3.12.2025, zum Postulat von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 14.10.2025, betreffend
Unhaltbare Verkehrsführung im Dorfkern wegen der Baustelle in der Schönenbuchstrasse
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4804 / A
6. Interpellation von Noëmi Feitsma-Wirz, SP-Fraktion, vom 18.6.2025, betreffend
Schulsozialdienst auf der Primarstufe (SSA)
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4792 / A
7. Interpellation von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 12.8.2025, betreffend
Kürzungen im Jugend + Sport
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic Geschäft 4796 / A
8. Interpellation von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 15.10.2025, betreffend
Gefährliche Parkplatzsituation in der Ochsengasse
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4805 / A
9. Postulat von Lucca Schulz, SP, und Christian Jucker, GLP, vom 20.9.2025, betreffend **Informationen für potenzielle Einbürgerungen**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4803

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rüegsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 19 vom 21. Januar 2026

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Mehmet Can

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Mehmet Can, Präsident: Geschätzte Damen und Herren, liebe Gäste. Willkommen zu unserer ersten Einwohnerratssitzung 2026. Heute Abend haben wir einige Entschuldigungen. Und zwar: Dominik Baumgartner, Philipp Reck, Melanie Butz, Louis Seifried, René Amstutz, Biljana Grasarevic, Florian Spiegel, Christoph Morat. Verspätungen sind gegenwärtig keine gemeldet. Wir haben einen Austritt. Das ist Anne-Sophie Metz – per sofort. Damit wir dies auch mitgeteilt haben. Ich möchte Herrn Stettler bitten, kurz die Präsenzkontrolle durchzuführen. Besten Dank.

Die Traktandenliste liegt allen vor. Sie wurde rechtzeitig eingegeben. Anfrage an den Rat: Gibt es allfällige Änderungen? Okay, Herr Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, guten Abend. Eigentlich wollte die Präsidentin der KSD es machen, aber sie ist verspätet. Wir hatten gestern KSD-Sitzung und beschlossen, dass wir heute den Antrag stellen, das **Traktandum 3** noch einmal **zurück in die Kommission** zu nehmen, denn wir müssen einen neuen Bericht schreiben.

Mehmet Can, Präsident: Okay. Herr Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Nach langer Diskussion mit den verschiedenen Beteiligten möchten wir das **Traktandum 1**, also betreffend die Konsultativabstimmung, **absetzen**. Aus verschiedenen Gründen. Wir sehen nun die Präsentation des KBU-Berichts und den Beginn der 1. Lesung als Start der Diskussion um das Tram 8 und den Zonenplan. Wir möchten allen Zeit geben, dieses Geschäft wirklich im Detail zu studieren, und auch, damit wir die Diskussionen weiterführen können. Wir möchten die Motion nun weder aus Unwissen annehmen noch ablehnen. Wenn wir sie auf der Traktandenliste lassen, müssen wir heute entscheiden, ob wir sie überweisen. Wenn wir sie von der Traktandenliste absetzen, können wir noch einmal fundierte Diskussionen führen – denn wir haben den Text von den Motionären erst heute Nachmittag erhalten – können wir noch einmal fundierte Diskussionen führen und vielleicht auch vom Gemeinderat verstehen, wie er es genau umsetzen möchte. Deshalb schlagen wir vor, die Motion heute von der Traktandenliste abzusetzen, damit wir sie an einer der kommenden Sitzungen richtig, fundiert und auch informiert diskutieren können. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Frau Laura Neuhaus, wollen Sie noch Stellung zum Antrag von Christian Jucker nehmen? – Entschuldigung, von Niggi Morat. Es geht um die Absetzung von Traktandum 3. Habe ich das richtig verstanden, Herr Morat? Genau.

Laura Neuhaus, KSD-Präsidentin: Da ich etwas zu spät gekommen bin, habe ich den Antrag nicht vollständig gehört. Deshalb ... Aber ich glaube, es ist, wenn es das ist, was wir besprochen hatten, habe ich nicht mehr dazu zu sagen.

Mehmet Can, Präsident: Herr Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte es zwar später erläutert. Wir haben bei der Motion des Traktandums 1 den Wortlaut geändert. Es ist nicht mehr eine Konsultativabstimmung, die wir möchten, sondern eben genau solch eine Umfrage, wie es auch der Gemeinderat begrüssen würde und vorschlagen. Die abgeänderte Motion hat auch Florian Spiegel heute Nachmittag an alle verschickt. Sorry, dass es relativ spät war. Wir denken nach wie vor, dass diese Motion gut Platz hat.

Mehmet Can, Präsident: Herr Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Es geht auch um die Verschiebung von Traktandum 1. Ich möchte Christian Jucker zustimmen und darum bitten, dass man es absetzt. Ich oder die SP-Fraktion hat die abgeänderte Motion nicht erhalten. Gut, gewollt oder ungewollt, das ist dann schlussendlich eure Sache. Ich denke, es dient der Sache, wenn man sich Zeit nimmt und es sich bei der nächsten Sitzung anschaut. Vor allem, wenn wir heute mit der 1. Lesung beginnen und sie abschliessen, dann haben wir an der nächsten Sitzung die 2. Lesung des Teilzonenplans. Auch dort wird doch eine inhaltlich ähnliche Frage zur Abstimmung in den Einwohnerrat gebracht, nämlich ob wir einen gewissen Teil des Zonenplans dem Referendum unterstellen wollen. Wir haben eigentlich zwei Geschäfte, die etwas Ähnliches wollen. Ich glaube, wir sind uns hier alle einig, dass wir das Volk auf eine gewisse Art und Weise einbeziehen oder es vors Volk bringen wollen. Aus meiner oder unserer Sicht würde es schon viel mehr Sinn ergeben, man würde es in einer Sitzung gebündelt diskutieren. Denn sonst überweisen wir heute im schlimmsten Fall die Konsultativabstimmung oder wie auch immer der abgeänderte Text lautet – wie gesagt, ich habe ihn nicht direkt erhalten – und an der nächsten Sitzung stimmen wir dann auch noch für das Referendum zum Teilzonenplan. Ich denke, es würde jetzt verfahrenstechnisch einfach wenig Sinn stifteten. Wir diskutieren eigentlich zweimal über dasselbe, deshalb sollte man es auch in derselben Sitzung behandeln. Weil es ein wichtiges Anliegen ist, welches man ernsthaft prüfen sollte, bitte ich doch, es möglichst zu verschieben und alles im Februar anzuschauen. Merci.

Mehmet Can, Präsident: Herr Schulz, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie möchten, dass man Traktandum 1 auf die nächste Sitzung verschiebt, ist das korrekt so?

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Das ist korrekt, wie Christian Jucker beantragt hat.

Mehmet Can, Präsident: Gut. Herr Poživil oder Herr Vogt, wollen Sie noch Stellung dazu nehmen? Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich halte es jetzt für sehr spannend, was wir hier diskutieren. Die SP möchte etwas absetzen, wovon sie noch gar nicht weiß, was es überhaupt ist. Das ist interessant, wenn man hier zu etwas Nein sagt, bei dem man wirklich keine Ahnung hat, worum es geht. Es geht darum, dass man keine Konsultativabstimmung will, und sonst genau nach der Meinung, nach dem Schreiben des Gemeinderats anpassen und eine Abstimmung über die Tramlinie 8 in Allschwil machen – nicht eine Abstimmung, besser gesagt eine Befragung –, um zu spüren, wie es geht und was Allschwil eigentlich über die Tramlinie schlussendlich meint und denkt. Es wird nichts abgestimmt, davon steht nichts, sonst nur mehr Wissen. Es hat grundsätzlich mit dem Traktandum 2 eigentlich nichts zu tun. Denn jene, die befragt werden, die 11 000 Stimmberechtigten, sitzen doch nicht hier, welche dann mitbekommen, was wir überhaupt diskutieren. Es wird einfach eine Befragung stattfinden, um zu spüren, was los ist. Was dies nun miteinander zu tun hat, und dass man etwas absetzen möchte, wovon man gar keine Ahnung hat, was es überhaupt sein soll, finde ich, wie ich zuvor gesagt habe, spannend. Ich würde am liebsten beliebt machen, dass wir es so weit lassen, weil das eine mit dem anderen grundsätzlich nichts zu tun hat.

Mehmet Can, Präsident: Herr Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Antrag liegt vor. Kann man ihn, den geänderten Antrag, nicht schnell einfach auflegen? Dann können ihn auch alle anschauen. Denn ich denke, man gibt hier in der abgeänderten Form auch genügend Zeit, dass man einfach sagt: im zweiten Quartal. Man kann es sicherlich auch noch auf das dritte Quartal erweitern. Ich glaube, es geht nur darum, dass man diese Meinungsumfrage durchführt. Ob sie nun, wie zuvor erwähnt, heute, morgen, übermorgen ist, sei dahingestellt. Es ist wirklich eigentlich: Wir halten den Ansatz des Gemeinderats für richtig, dass man sagt, man führt eine Umfrage unter der Bevölkerung durch. Ich glaube, wir sind uns alle bewusst, dass wir dieses Geschäft, dieses grosse, in nächster Zeit durchbringen werden. Ich denke nun nicht, dass man es absetzen und wieder neu auf die Traktandenliste setzen muss. Ich habe offen gestanden nun auch nicht den Verteiler angeschaut, an wen es verschickt wurde. Es tut mir natürlich leid, wenn es gewisse Fraktionen effektiv nicht erhalten haben. Ich glaube, es war auch nicht der Sinn des Absenders, dass man irgendwelche Parteien ausschliessen wollte. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube eben, es ist ... – wie gesagt, wir haben eigentlich relativ genügend Zeit, weil man es so formuliert hat.

Mehmet Can, Präsident: Herr Ueli Keller!

Ueli Keller, parteilos: Geschätzte Anwesende. Ich habe mich sehr gefreut, ich finde, beide Geschäfte sind ausgezeichnet vorbereitet. Insbesondere auch die Idee, welche der Gemeinderat einbringt. Ob man es nun heute macht oder ein anderes Mal, aber sie haben schon einen Zusammenhang, einen grossen Zusammenhang. Wir müssen, das ist mein Wunsch, mit diesem Zusammenhang vorsichtig umgehen, und nicht Geschirr zerschlagen.

Mehmet Can, Präsident: Herr Matthias Häuptli!

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube, es gibt hier an sich einen grossen Konsens, dass man in einer Form das Volk fragen muss, wie es zum Trämlie steht. Nun haben wir ja gleich zwei Vorlagen auf der Traktandenliste, die einen Teil davon sind. Nämlich: Wir haben einerseits die Motion und wir haben andererseits den Bericht über den Teilzonenplan Binningerstrasse, in welchem ebenfalls vorgeschlagen wird, dass man in einer Form über das Element «Trämlie» abstimmt. Es wäre schon sinnvoll, wenn man über das eine und über das andere hauptsächlich in Kenntnis abstimmt. Nun ist eben die Situation so, dass die Motion nur einmal auf der Traktandenliste sein kann oder nicht sein kann. Dann muss man auch darüber entscheiden, während beim Teilzonenplan die Beratung noch eine Weile dauern wird. Es sind ohnehin zwei Lesungen. Insofern wäre es schon mal sinnvoll, wenn man dabei die ganze Diskussion führen könnte, eben nicht nur einfach über die Frage, ob man eine Konsultativabstimmung will, sondern über das Tram an sich, über die ganze Planung etc., denn diese Diskussion muss jetzt mal in Gang kommen.

Ich möchte deshalb gleich auch zwei Anträge stellen. Der **erste Antrag** wäre für den Fall, dass nun die Absetzung nicht durchkäme, dass man das **Traktandum** einfach **nach hinten schiebt**, hinter das Traktandum 2, also die beiden Traktanden abtauscht, damit man die breite Debatte über alles, was die Binningerstrasse betrifft, mal führen kann, und anschliessend über die Motion abstimmt. Dies wäre einfach im Sinn eines Eventualantrags, falls der Antrag Jucker nicht durchkäme.

Der **zweite Antrag**, den ich in diesem Zusammenhang stellen möchte: Ich habe teilweise gehört, dass es schwierig war, und das haben wir selbst festgestellt, für die Mitglieder des Rates, die nicht in der Kommission waren, sich eine Meinung über das relativ komplexe Geschäft Binningerstrasse zu bilden. Vereinzelt wurde auch bereits angeregt, dass man es absetzen würde. Dies würde ich nicht für sinnvoll halten. Aber in diesem Sinn würde ich beantragen, dass das **Traktandum 2** anstelle der 1. Lesung auf **Eintreten und allgemeine Beratung beschränkt** wird, aber die Detailberatung der 1. Lesung dann erst in einer nächsten Sitzung stattfinden würde. Auf diese Weise kann man mal die grosse Auslegeordnung machen. Alle können sich überlegen, was man nachher vertieft diskutieren muss, und niemand vergibt sich etwas. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Herr Ueli Keller, zum zweiten!

Ueli Keller, parteilos: Ich finde den Vorschlag von Matthias Häuptli sehr unterstützenswert. Ich finde es eigentlich logisch, als ich die Traktandenliste gesehen habe, dass man Traktandum 1 nach Traktandum 2 macht, dass man es umkehrt. Ich empfinde es als sinnvoll, dass man nicht heute nicht die 1. Lesung macht, sondern eine Auseinandersetzung mit dem Geschäft des Teilzonenplans. Ich kann es sehr unterstützen.

Mehmet Can, Präsident: Herr Lucca Schulz, zum zweiten!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Ich unterstütze vieles, was Matthias Häuptli erwähnt hat. Ich möchte einfach noch einmal unterstreichen, dass sich die Problematik des Geschäfts 1, von der Konsultativabstimmung, dann halt einfach im Verlauf des Abends noch einmal stellt. Ich bleibe dabei, und es haben schon einige zugestimmt: Es gibt einen grossen Zusammenhang. Auch an dich, Henry Vogt: Der eine will nun mal ein Referendum über die eine Frage, und der andere will eigentlich genau zu dieser Frage, statt eine Konsultativabstimmung wollt ihr jetzt neu eine Umfrage, der Gemeinderat will eine etwas andere Umfrage, so wie ich höre. Es würde absolut Sinn ergeben, den definitiven Entscheid über das Referendum zu einer Frage, zu der man ohnehin eine Umfrage will, an derselben Sitzung zu führen oder zu entscheiden. Denn sonst macht man allenfalls eine Umfrage zu dieser Frage und gleichzeitig unterstellt man dann aber ohnehin die gleiche Frage, oder zu 80 % dieselbe Frage, dem Referendum. Das kann nun wirklich nicht die Idee sein. Deshalb werde ich weiterhin dem ersten Antrag von Christian Jucker zustimmen: es absetzen. Das zweite Geschäft, das man nur mit Eintreten machen möchte, geht für mich schlussendlich in Ordnung. Die Hauptsache aber ist, dass wir die Konsultativabstimmung, also die Umfrage, gleichzeitig beschliessen, wie das Referendum zur Tramschlaufe. Merci.

Mehmet Can, Präsident: Ich schlage vor, Herr Christian Jucker, Sie haben ja den Antrag gestellt, das erste Traktandum abzusetzen, dann beginnen wir doch mal damit und stimmen ab.

Wer dem **Antrag von Christian Jucker** folgen und die **Motion von Florian Spiegel**, SVP-Fraktion, bzw. das Geschäft 4810, absetzen möchte, soll bitte jetzt abstimmen. Wer für nein ist! Enthaltungen! Stimmenzählerinnen bitte zu mir!

://:

Sie haben den Antrag von Christian Jucker mit 16 Ja, 15 Nein und 1 Enthaltung somit angenommen bzw. das **Geschäft abgesetzt**.

Wir kommen zum zweiten Antrag. Das ist der Antrag von Niklaus Morat. Es geht um dasselbe: **Traktandum 3** von der Liste streichen. Ist es korrekt so? Super. In diesem Fall stimmen wir ab.

Wer dem **Antrag von Niklaus Morat** für das Geschäft 4181 C/D, 4678 A/B folgen will, für ja ist, soll bitte jetzt aufstrecken. Nein! Enthaltungen!

://:

Somit haben Sie diesem Antrag **einstimmig zugestimmt**.

Mehmet Can, Präsident: Herr Häuptli, ich glaube, Sie haben den Antrag gestellt mit Traktandum 2, dass es ... – Ist es korrekt mit dem Traktandum 2, bei dem Sie Antrag gestellt haben? Somit wäre es hinfällig, weil Traktandum 1 abgesetzt wurde. Sind Sie damit einverstanden? Ja! – Entschuldigung, da habe ich Sie missverstanden, bitte!

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe zwei Anträge gestellt. Der eine ist gegenstandslos, nämlich, dass man die Reihenfolge umkehren würde. Der andere **Antrag** ist, dass die **Debatte beschränkt wird auf Eintreten und allgemeine Beratung**, d. h., dass die 1. Lesung nur bis da geht und keine Detailberatung stattfindet.

Mehmet Can, Präsident: Dann stimmen wir in diesem Fall sogleich ab. Wer für den Antrag von Herrn Jucker ist, und zwar wäre das die Abstimmung ... – Herr Häuptli, Entschuldigung, ich habe etwas durcheinandergebracht, tut mir leid. **Abstimmung Traktandum 2**, nur Eintreten und allgemeine Beratung, genau, Entschuldigung. Soll bitte jetzt abstimmen! Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmenzählende, bitte zu mir!

://:

Sie konnten dem **Antrag von Matthias Häuptli** mit 29 Ja, 0 Nein und 3 Enthaltungen folgen, sprich: Sie haben ihn **angenommen**.

Mehmet Can, Präsident: Entschuldigung. Wir waren bei der Bereinigung der Traktandenliste. Somit wäre sie bereinigt. Wir gehen nun direkt zu Traktandum 2.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderats vom 19.3.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 17.12.2025, betreffend Teilzonenplan und Teilzonenvorschriften Binningerstrasse - Teilzonenplan, Teilzonenreglement sowie Mutation Baulinien, 1. Lesung Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4773 / A

Mehmet Can, Präsident: Es handelt sich somit um die 1. Lesung des Teilzonenplans und der Teilzonenvorschriften Binningerstrasse. Ist Eintreten bestritten? Nein! Und zwar haben wir die Ausführungen von KBU-Präsident, Matthias Häuptli. Anschliessend kommt Franz Vogt, danach haben wir die allgemeine Beratung. Ich gebe das Wort direkt an KBU-Präsident Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Das ist ein relativ wichtiges und komplexes Geschäft, welches Ihnen hier heute vorliegt. Es wurde auch lange beraten. Es hat eine lange Vorgeschichte. Deshalb werde ich ein wenig ausholen, auch wenn der Gemeinderat bestimmt ebenfalls noch einiges erläutern wird.

Das **Gebiet Binningerstrasse** ist ein **zentraler Entwicklungsschwerpunkt**, auch aus der Sicht des Kantons. Es nimmt eine Schlüsselrolle für die Entwicklung von Allschwil ein, und die grosse Idee, das Konzept hinter dem, was Ihnen vorliegt, ist die Transformation einer monofunktionalen Gewerbezone, in der alles in der Gewerbezone G20 liegt, zu einem hochwertigen, lebendigen Mischgebiet mit Wohnen, Arbeiten und Versorgungsfunktionen. Die Grundlagen sind zunächst der kantonale Richtplan, der es auch als Arbeitsplatzgebiet von kantonaler Bedeutung definiert. Dann gibt es das räumliche Entwicklungskonzept REK der Gemeinde und darauf abgestützt den detaillierten Masterplan Binningerstrasse, der die Zielsetzungen definiert. Ein Kernpunkt im Ganzen ist auch die Abstimmung von Siedlung und Verkehr. Da gibt es ein Element, aber darauf werden wir noch kommen, welche Rolle es spielt oder auch nicht spielt, das ist die Verlängerung der Tramlinie 8. Es ist aber auch die Ausgestaltung der Zonenvorschriften in verkehrlicher Hinsicht. Wir wissen alle, das ist ein Gebiet, in welchem es bereits viel Verkehr gibt, und es ist daher notwendig, dass man auf eine Weise plant, damit er nicht unbegrenzt zunimmt.

Eine ausdrückliche Zielsetzung, dass es nicht wie das BaselLink-Areal ein reiner Arbeitsplatzstandort sein soll, sondern eben eine eigene Art von Quartier, dass man auch mit den Zeitzeugen der Ziegelei einen Teil der identitätsstiftenden Bausubstanz erhält. Wichtige Themen sind auch Siedlungsklima und Grünraum. Um all das zu bewerkstelligen, hat man eine sehr differenzierte Sanierung vorgesehen. Das ist auch der Grund, weshalb das Ganze ein Teilzonenplan ist. Wir haben heute in Allschwil drei unterschiedliche Zonenpläne. Das ist der Zonenplan Landschaft für alles, was ausserhalb des Siedlungsgebietes liegt. Dann gibt es einen Teilzonenplan für den Dorfkern, für die schützenswerten Bauten. Und es gibt den Zonenplan Siedlung, der alles andere im Siedlungsgebiet abdeckt. Hier wird nun gewissermassen neu ein Teil aus dem Zonenplan Siedlung herausgenommen mit eigenen Teilzonenvorschriften, die massgeschneidert sein sollen. Dies hat natürlich auch wieder die Konsequenz, dass, ab dann, wenn man es macht, dieser Teilzonenplan ein eigenes Schicksal hat. Wenn man also später einmal die Zone für das allgemeine Siedlungsgebiet revidiert, ist es nicht notwendigerweise auch eine Revision, die sich auf das Gebiet des Teilzonenplans auswirkt.

Nun, ganz grob: Es soll ein durchmischtetes Quartier werden. Das ist aber nicht in allen Teilen so. Es gibt verschiedene Zonentypen, in denen man in einem Teil der Zone Wohnanteile ermöglicht. In den Zentrumszonen Letten und Ziegelei gibt es dann einen Mindestanteil von Gewerbe von 70 %, den man festschreibt. Es ist also auch die Idee, dass das Gewerbe dort weiterhin seinen Platz haben soll. Es geht nicht darum, das Gewerbe zu vertreiben, sondern es geht eigentlich eher darum, dass mit den Mehrnutzungen, die man ermöglichen will, auch noch zusätzlich Wohnraum geschaffen wird. Aber nicht anstelle des Gewerberaums, sondern quasi zusätzlich. Die Idee ist, dass am Schluss maximal 30 % Wohnraum sind. Es ist eigentlich das, was an zusätzlicher Nutzung geschaffen wird.

Dann gibt es ein Konzept, dass man entlang der Binningerstrasse in den Parterres der Zentrumszone keine Wohnungen macht, sondern Nutzungen, die mehr oder weniger funktional und optisch auf den Strassenraum ausgerichtet sind. Also gewissermassen öffentliche Nutzungen im Sinn von Läden oder anderen Nutzungen, die sich gewissermassen an die Öffentlichkeit richten. Konkret hat man in diesem Bereich an der Binningerstrasse auch umgesetzt, dass die beiden Pförtnerhäuser der Ziegelei

geschützt werden, wofür ja bereits auch mal der Antrag, ein Vorstoss an den Rat, überwiesen wurde. Dies soll nun in diesem Rahmen getan werden. Sie werden in die ganze Neugestaltung integriert. Es ist auch vorgesehen, dass im Gebiet, in welchem die Ziegeleihallen sind, ein QP geben wird, ein «Quartierplan Ziegelei Ost». In diesem Rahmen soll mindestens ein Teil dieser Hallen erhalten bleiben. Sie werden nicht in diesem Sinn unter Denkmalschutz gestellt, aber es ist eine Vorgabe für den Quartierplan, dass man sie in sinnvoller Form integriert.

Im Weiteren wird grundsätzlich die Dichte erhöht. Die Ausnutzungsziffer ist in den Mischgebieten die 1,5 oder 1,6. Punktuell gibt es auch noch Hochhäuser. Es ist auch vorgesehen, dies ist nun eigentlich wieder nicht Gegenstand des Teilzonenplans, aber im Rahmen der Umgestaltung der Binningerstrasse sieht der Kanton vor, dass quasi eine Grüninsel entsteht, durch die der Verkehr geteilt wird und auf beiden Seiten dieser «Insel», auf der diese Pförtnerhäuser draufstehen, geführt werden soll. Wir haben dann noch weitere Elemente, wie eben die Tramverlängerung, die integriert werden. Es sollen mehr Fusswegverbindungen geben, und es werden Vorschriften für die einzelnen Quartierpläne aufgestellt.

Nun, jetzt, um vielleicht noch eine kleine Hilfestellung zu bieten, möchte ich kurz darauf eingehen, welche Unterlagen Sie erhalten haben und was der Sinn ist. Wir unterscheiden in diesem Geschäft: Es gibt Genehmigungsunterlagen und es gibt andere Unterlagen, die Sie einfach zur Kenntnis erhalten haben.

Die wesentlichen **Genehmigungsunterlagen** sind grundeigentümerverbindlich und die rechtliche Basis für die ganze Planung: Das ist einerseits der Teilzonenplan, der Ihnen als Plan vorliegt. Hinzu gehört das Teilzonenreglement. Dazu gibt es einen Planungsbericht, den müssen Sie nicht unbedingt lesen, und er wird auch nicht in diesem Sinn beschlossen, ist aber die Grundlage für die Genehmigung, die der Regierungsrat am Schluss aussprechen wird. Dann haben wir einen Mutationsplan von Baulinien und wir haben den Zonenplan der Naturgefahren, der einfach festhält, in welcher Zone welche Naturgefahren erwartet werden. Dies sind die eigentlichen Genehmigungsunterlagen, die hier Gegenstand der Beratung sind.

Die **anderen Beilagen**, die Sie vom **Gemeinderat** alle erhalten haben, sind: der Mitwirkungsbericht, der Masterplan Hochhauskonzept, der Hinweis Inventar Nachkriegsarchitektur, die Liste der Baumarten und der Vorprüfungsbericht des Kantons. Diese Beilagen sind einfach informationshalber, liefern Hintergrund für die planerischen Entscheide, die man gefasst hat.

Zusätzlich haben Sie dann die **Beilagen der KBU**, aufgesplittet in quasi zwei Päcklis, erhalten. Ich werde nachher noch erläutern, wie die Anträge zu verstehen sind. Nämlich: Es gibt einen Teilzonenplan Binningerstrasse «Teil A». Darin sind einfach die Änderungen, also der konsolidierte Plan für die Binningerstrasse mit den Änderungen der KBU. Und dazu das Teilzonenreglement Binningerstrasse «Version A». Das ist sozusagen das ganze Paket, welches das nächste Mal nach Antrag der KBU beschlossen werden soll. Dann haben Sie noch einen «Teil B» mit einem Teilzonenreglement, worin, glaube ich, nur zwei Bestimmungen sind, und dazu noch einen Änderungsplan, der eine bestimmte Parzelle betrifft, worauf einfach noch wiedergegeben ist, was zudem geändert würde, wenn man den «Teil B» auch beschliessen würde. Ich werde dann bei den Anträgen darauf zurückkommen.

Die KBU hat relativ an diesem Geschäft gearbeitet. Wir haben es, wenn ich mich richtig erinnere, im letzten März erhalten. Wir hatten etliche Sitzungen. Wir haben auch Anhörungen durchgeführt. Eine Anhörung war mit dem Gewerbeverein KMU Allschwil Schönenbuch. Eine weitere war mit dem Baselierte Heimatschutz zu den Gesetzen des Ortsbildschutzes. Am 17. Dezember haben wir dann die abschliessenden Anträge gefasst, und dieser Bericht liegt Ihnen jetzt vor.

Die Kommission stützt den Gemeinderat in grossen Zügen und steht hinter dem Teilzonenplan Binningerstrasse. Die Kommission begrüsst auch, dass die Aufenthaltsqualität erhöht werden soll, die Vernetzung mit Naherholungsgebieten, und sie sieht eine grosse Chance darin, dass man ein lebendiges Quartier mit Mischnutzungen entstehen lässt.

Ein grosses Thema war die Frage der **Tramverlängerung**, die strikt genommen eigentlich nicht Sach der Gemeinde ist, sondern ein rein kantonales Projekt. Man kann es aber nicht so ganz in der politischen Diskussion trennen. Weil daraus die Befürchtung entstand, dass am Schluss der ganze Teilzonenplan nur noch unter dem Aspekt des Trams diskutiert wird, und, wenn es allenfalls eine Abstimmung über den Teilzonenplan gibt, die Leute dann eigentlich meinen, es ginge in erster Linie ums Trämlí, oder denken, dass man den Teilzonenplan ablehnen müsse, damit dann auch das Trämlí nicht kommt, hat deshalb die KBU dann beschlossen, dass sie gewissermassen diese Elemente – und eigentlich ist es nur ein einziges Element des Teilzonenplans –, die sich tatsächlich auf das Tramprojekt beziehen, dass man über dieses Element eine separate Abstimmung ermöglichen könne, um die unverfälschte Willensbildung der Stimmberchtigten zu ermöglichen. In diesem Sinn ist eben der

Antrag, dass die **Tramwendeschlaufe Gartenhof**, die gemäss Teilzonenplan eine spezielle Zone ist – also es ist nicht nur die Wendeschlaufe, sondern es ist auch die Bebauung, die man, wenn man es umwidmet und es nicht mehr eine Sportanlage ist, **separat beschliesst**. Ich werde dann auch noch etwas dazu sagen, wie es funktioniert und dass man das kann.

Des Weiteren wurde eingehend diskutiert, was die Bedürfnisse und was auch die Bedenken des Gewerbes sind, welches in diesem Perimeter tätig ist, und/oder Grundeigentum hat. Das war nicht ganz einfach, denn die Gewerbetreibenden haben auch teilweise sehr unterschiedliche Interessen, je nachdem, ob sie dort nur eingemietet sind oder ob sie tatsächlich eigene Liegenschaften haben. Auch bei den Eigentümern ist es etwas unterschiedlich, je nachdem, ob sie Absichten haben, dort etwas zu entwickeln, oder ob sie das Areal vollumfänglich weiterhin für eigene Produktion oder sonstige, gewerblieche Tätigkeit benötigen. In diesem Sinne einen Konsens darüber, was das Gewerbe will, das haben auch die Anhörungen ergeben, gibt es eigentlich nicht. Eine zentrale Befürchtung in diesem Zusammenhang war aber, dass es in einer solchen Mischzone Konflikte bezüglich Lärmentwicklung geben könnte. Diesem Anliegen versuchte die Kommission, Rechnung zu tragen. In diesem ganzen Perimeter soll die Lärmempfindlichkeitsstufe III gelten, also jene, auf der gewerbliche Immissionen halt auch toleriert werden müssen. Es gab im Entwurf des Gemeinderats eine Zone, die in der Lärmempfindlichkeitsstufe II gewesen wäre, also eine reine Wohnzone. Dazu **beantragt die KBU**, dass man es als **gemischte Wohn- und Gewerbezone** vorsieht, denn die Konsequenz ist dann effektiv, dass sie in der Lärmempfindlichkeitsstufe III liegt, und entsprechend auch die umliegenden Zonen davor geschützt werden, ihre Immissionen mehr oder weniger an eine Wohnzone, die angrenzend zu liegen kommt, anpassen zu müssen. Da ist einzig die Wohn- und Geschäftszone «Stockbrunnenrain», welche die KBU vorschlägt, anstelle der reinen «Wohnzone Stockbrunnenrain».

Ein zweiter Punkt, in den man versuchte, Gewerbeanliegen einzubringen, ist, dass man im Gebiet des «Quartierplans Ziegelei Ost» nicht nur vorsieht – da gibt es eine ganze Auflistung, welche Nutzungen, wo dann innerhalb des Quartierplans vorgesehen sein sollen –, und die KBU **beantragt**, dass in einer dieser Auflistungen dann nicht nur ein Gewerbeanteil **definiert** werden soll, sondern explizit ein **Anteil Fläche für Ateliers und Handwerksbetriebe**. Weshalb dies? Die Befürchtung ist vorwiegend, dass jene Arten Gewerbe, die keine hohe Wertschöpfung pro Arbeitsplatz und pro Fläche haben, verdrängt werden, weil sie einfach die Mietzinsen in einem weiterentwickelten und teurer werdenden, also sozusagen gentrifizierten Gebiet nicht tragen können. Ihnen nützt es nichts, wenn man einfach nur einen Gewerbeanteil ausscheidet, denn ein reiner Büro- oder Laborbetrieb, so, wie wir sie im Bachgraben haben, die natürlich dann wieder kaufkräftige oder zahlungskräftige Nutzer sind, ist auch Gewerbe gemäss den Zonenvorschriften, und der Konflikt ist dann ja nicht rein nur zwischen Gewerbe- und Wohnnutzungen, sondern halt auch zwischen den unterschiedlichen Arten von Gewerbe. In diesem Sinn will man eben ein gewisses Angebot zwingend dort schaffen, an Flächen, die für Ateliers und Handwerksbetriebe geeignet sind, und wo dann eben keine anderen Gewerbebetriebe rein können. Man erwartet sich natürlich auch davon, dass die Investoren, die ja eine grosse Menge Flächen zu bewirtschaften haben, wenn es notwendig ist, halt auch gewisse Quersubventionierung vornehmen müssen, damit die Mieten für die Nutzungen, die dann in diesem Gebiet als einzige zulässig sind, tragbar sind. Das sind so die Überlegungen, die man eingebracht hat, um Anliegen des Gewerbes entgegenzukommen.

Es gab dann auch noch andere Diskussionspunkte. Es gibt gewisse Gewerbetreibende, die unglücklich darüber sind, dass ihre Grundstücke in eine Mischzone kommen, welche aber schon jetzt eine hohe Ausnutzung haben. Dies hat die Kommission ebenfalls diskutiert, kam aber letztlich zum Schluss, dass die Bestandesgarantie für die bestehenden Bauten ausreicht. Es ist eine kantonale Bestimmung, die findet sich jetzt nicht in den Zonenvorschriften, sondern im kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz, welches vorsieht, dass rechtmässig bereits bestehende, erstellte Bestandsbauten gerade für Dienstleistungen, Industrie und Gewerbe, nicht nur erhalten werden dürfen, sondern sogar auch noch angemessen erweitert oder umgebaut und teilweise ihrem Zweck geändert werden, so lange die Einwirkungen auf die Nachbarschaft gleich bleiben oder reduziert werden. Es ist eigentlich eine relativ weitgehende Ausnahmebestimmung im Sinn vom Bestandsschutz. Die Kommission ist daher überzeugt, dass dies die Anliegen der betreffenden Gewerbetreibenden und Grundeigentümer genügend abdeckt, und hat sich dagegen ausgesprochen, dass man eine Rückkehr zur reinen Gewerbezone G20 vorsieht.

Nun komme ich zu den einzelnen **Änderungsanträgen** der Zonenvorschriften, die wir noch einbrachten. Das ist eine erhöhte Anrechnung von Fassadenbegrünungen an der Grünflächenziffer. Auch dies ist in erster Linie ein Anliegen oder Bedenken, die von den Grundeigentümern der Parzellen primär nördlich der Binningerstrasse berücksichtigt werden sollen, welche bereits sehr stark ausgenutzt sind. Bei den geltenden Zonenvorschriften gibt es eine Grünflächenziffer von 10 %, und die Hälfte kann

über eine Dachbegrünung erreicht werden. Dann werden auch noch unbefestigte Parkierungsflächen und Lagerplätze zu 50 % angerechnet. Und **neu** gibt es eine Grünflächenziffer, nein, nicht eine Grünflächenziffer, sondern eine **Grünziffer**, die 15 % beträgt. Das ist natürlich schon mehr. Die versiegelten Flächen und Abstellflächen sind gar nicht anrechenbar. Dort kann man aber 7,5 % dieser Grünziffer über Fassadenbegrünungen erreichen. Die Fassadenbegrünungen sind auch im Klimakonzept der Planung. Sie sollen auch helfen, dass solche Hitzeinseln, die es teilweise eben gerade in diesem Gebiet gibt, abgemildert werden.

Es ist aber festzustellen, dass diese Grünziffer einfach teilweise schwierig zu erreichen ist, wenn etwas bereits sehr stark überbaut ist. Es gibt einzelne Parzellen, die heute praktisch maximal ausgereizt sind und nur sehr wenige freie Flächen aufweisen. Wenn man nun einen Teil abbrechen und wieder etwas Neues bauen wollte, könnte sich die Frage des Bestandsschutzes stellen, aber auch die Frage, wie man diese Grünziffer erreichen kann. Die Kommission schlägt vor, dass die Fassadenbegrünungen nicht nur zu 20 % der Fassadenfläche als Grünziffer angerechnet werden, sondern zu 35 %, was dann doch ein gutes Stück mehr ist. Man erhofft sich, eine erleichterte Grünziffer zu erreichen, ohne dass man allzu grosse Abstriche bei der siedlungsklimatischen Zielsetzung macht.

Ferner habe ich bereits die Wohn- und Geschäftszone Stockbrunnenrain / Ziegelei erwähnt. Wie gesagt geht es da in erster Linie um die Auswirkungen der Lärmempfindlichkeitsstufe. Man wird dann im Plan sehen, dass die Begrenzung dieser Zone ein wenig anders verläuft als im ursprünglichen Entwurf. Das wurde entsprechend auch von der Verwaltung so vorgeschlagen und geprüft, dass es dann mit dieser Ausnutzungsziffer funktioniert, die dort vorgesehen ist. Es ist auch darauf hinzuweisen: Es ist nicht nur der potenzielle Nutzungskonflikt mit den anliegenden Gewerbezonen, sondern es ist in diesem Bereich irgendwann einmal, möglicherweise die Spange Oberwilerstrasse vorgesehen oder das Trassee gesichert. Dies wäre eine Abkürzung von der Oberwilerstrasse zur Binningerstrasse als Umfahrung des Dorfkerns Allschwil und würde natürlich auch erschwert, wenn dann dort gleich angrenzend eine Wohnzone wäre. In diesem Sinn scheint es uns sinnvoll, dass man dort eine Wohn- und Geschäftszone macht.

Ein weiterer Antrag betrifft den Ortsbildschutz. Es gibt bereits einzelne Elemente des Ortsbildschutzes in der Vorlage. Unter anderen eben die zwei Pförtnerhäuser. Was auch in ISOS, also dem Bundesinventar über die schützenswerten Ortsbilder der Schweiz, enthalten ist, ist die Häuserzeile, die, wenn man von Basel her auf der rechten Seite der Binningerstrasse kommt, vor der Einfahrt zum Paradies liegt. Diese Häuserzeile ist gewissemassen ortsbildprägend, muss aber in der einzelnen Ausgestaltung als Objekt nicht erhalten werden. Im Teilzonenplan ist es so vorgesehen, dass dort die geschlossene Bauweise beibehalten wird, dass es also weiterhin eine Häuserzeile sein soll, aber die einzelnen Häuser können auch durch Neubauten ersetzt werden, die teilweise auch etwas höher sein könnten. Die Kommission hat es diskutiert und festgestellt, dass es grundsätzlich richtig ist, dass dort wenig erhaltenswerte Bausubstanz vorhanden ist. Dies gilt aber nicht für diese zwei Häuser. Es ist ein Doppelhaus an der Binningerstrasse 167 und 169. Dieses Doppelhaus ist jenes, in welchem die Rossmetzgerei Bürgi drin ist. Ein sehr charakteristisches Gebäude mit einer gewissen auch baulichen Qualität aus der Zeit, als es entstanden ist, und ortsbildprägend ist es auch so entsprechend durch ISOS abgestützt. Der Antrag der Kommission ist, dass dort eine entsprechende, kleine Ortsbildschutzzone geschaffen wird.

Bereits erwähnt habe ich, wenn ich nun im KBU-Bericht weitergehe, die Zone mit Quartierplanpflicht **Ziegelei Ost**, das ist ein grosses Gebiet. Wir haben da die Mindestnutzung, welche dann im Rahmen des Quartierplans für Ateliers und Handwerksbetriebe vorgesehen werden soll. An dieser Stelle möchte ich darauf nicht weiter eingehen, denn dies habe ich bereits zuvor ausgeführt.

Nun komme ich jetzt gewissemassen zum Pièce de Résistance, nämlich im Verhältnis zum kantonalen Projekt der Neugestaltung der Binningerstrasse, der **Verlängerung der Tramlinie 8**. Ich muss vorausschicken: Die Kommission hat nicht darüber diskutiert oder einen Antrag gestellt, ob man jetzt die Verlängerung und Neugestaltung gut findet, sondern sie hat sich einfach damit befasst, was es im Zusammenhang mit dem Teilzonenplan bedeutet, und was es hinsichtlich der Anträge, und der politischen Diskussion, die man führt, bedeutet. Grundsätzlich ist es so, dass die Tramverlängerung quasi die Entwicklung und Umgestaltung, die man an der Binningerstrasse haben möchte, unterstützen soll, indem sie die Erschliessung mit dem öV verbessert. Man muss aber dazu sagen, dass aus planerischer Sicht die Tramverlängerung nicht zwingend ist. Sie verbessert die Erschliessung, es ist aber ein Gebiet, welches an sich bereits relativ gute öV-Erschliessung aufweist.

Nun einfach zum Verhältnis: Was ist Gegenstand der kantonalen Planung und was ist Gegenstand von dem, was wir hier beraten? Die Teilzonenvorschriften Binningerstrasse betreffen nicht den

Strassenraum, dieser ist sozusagen ausgespart. Es ist eine Kantonsstrasse. Es ist an sich die Planungshoheit des Kantons. Bezuglich der Tramverlängerung ist es auch noch so, dass diese sich nach der Eisenbahngesetzgebung des Bundes richtet, Planung und Finanzierung aber grundsätzlich Sache des Kantons sind, allenfalls mit Beiträgen des Bundes aus dem Agglomerationsprogramm. Aus rechtlicher Sicht könnte man die Tramverlängerung beschliessen, also könnte der Kanton sie beschliessen, vollständig unabhängig von der Zonenplanung. Denn das, was der Landrat als sog. generelles Projekt beschliesst, hat vor dem Zonenplan Vorrang.

Die Tramverlängerung ist, wie erwähnt, keine zwingende Voraussetzung der Teilzonenvorschriften. Man kann diesen Zonenplan auch beschliessen, ohne dass das Tram kommt. Verbesserte öV-Anbindung würde die Transformation fördern, ist aber nicht Voraussetzung.

Wenn nun aber die vollständigen Teilzonenvorschriften abgelehnt würden, also das ganze Paket, welches wir hier heute beraten, dann würde das Gebiet weiterhin in der Gewerbezone G15 und G20 liegen. Das sind jene Gewerbezonen, in denen grundsätzlich einfach 15 oder 20 Meter hoch gebaut werden kann, mit einer sehr hohen Ausnutzung und auf den jeweiligen Parzellen beinahe vollflächig. Wenn dies stattfinden würde, wäre es möglicherweise eine Entwicklung analog zum Bachgraben, und es wäre absehbar, dass dann eben erst recht der Verkehr zunimmt. Die Frage, wie man dann den Verkehr ohne Ausbau des öffentlichen Verkehrs bewältigt, würde sich dann erst recht stellen. Genauso, wie man jetzt diskutiert oder es auch Planungen für ein Tram Bachgraben gibt, weil man dort zu viel Verkehr hat. Es würde sich natürlich erst recht die Frage stellen, wenn die Binnerstrasse zu einem «Bachgraben II» werden würde, ob man dort nicht auch eine Tramlinie bauen müsste. Es ist nicht so, dass, wenn man den Teilzonnenplan ablehnen würde, sozusagen die Frage der öV-Erschliessung vom Tisch wäre. Im Gegenteil.

Nun ist es so, dass der Landrat dieses Geschäft der Tramverlängerung zurückgestellt hat, und will, dass irgendwie aus Allschwil ein politisches Signal kommt. Man weiss, dass es umstritten ist. Man möchte jetzt eigentlich wissen, wie sich Allschwil dazu stellt. Die Kommission war sich einig, dass dieses Signal nicht aus der KBU und auch nicht aus dem Einwohnerrat kommen muss, sondern eigentlich aus der Stimmbevölkerung ausgehen muss. Man war sich auch einig, dass es nicht passieren darf, dass dann eine Abstimmung über den Teilzonnenplan am Schluss eigentlich zur Abstimmung über das Trämlis wird. Denn damit würde sehr viel Geschirr zerschlagen und es würde sehr viel Vorarbeit, die über Jahre geleistet worden ist und für die es auch viel Konsens gibt, bachabgeschickt. Das will man nicht, denn dann würde man vor einem Scherbenhaufen stehen und wüsste dann auch nicht wirklich, was die Gründe sind und wogegen sich eine solche Abstimmung gerichtet hätte. Dies wäre einigermassen fatal. Deshalb stellte die Kommission den **Antrag**, der Ihnen nun so als Beschlussantrag vorliegt, dass man das eine Element, wie ich bereits erwähnt habe, das, was die **Tramschlaufe Gartenhof** betrifft, in eine **separate Beschlussziffer** herausnimmt, und über diese Beschlussziffer dann eine Abstimmung durchführen würde. D. h., wenn es nun so beschlossen würde, wie es die KBU jetzt beantragt, gäbe es einerseits ein obligatorisches Referendum im Sinne des Behördenreferendums über die Frage der Zonierung der Tramschlaufe. Und über den Rest gäbe es dann allenfalls, wenn das Referendum ergriffen würde, ebenfalls eine Abstimmung, und das Ganze natürlich gleichzeitig.

Je nach Ausgang dieser einen Abstimmung betreffend Element Tramschlaufe, wäre am Schluss das Paket, welches zur Genehmigung an den Regierungsrat ginge, entweder der Teilzonnenplan mit allem, was er beinhaltet, und auch der Tramschlaufe. Oder, im anderen Fall, wenn es abgelehnt würde, wäre einfach die Zone der Tramschlaufe aus dem Zonenplan ausgespart. Das bedeutet, es wird in diesem Moment nichts Neues darüber beschlossen. Es gilt bis auf Weiteres noch diese Zone, in der sich das Areal befindet, welches gleich hier nebenan ist. Dies ist eine öWA-Zone, also eine Zone für öffentliche Werke und Anlagen. Aber man könnte dann zu einem späteren Zeitpunkt und nicht erst nach weiteren ungefähr 15 Jahren, wenn es eine neue Revision der Zonenvorschriften gibt, schon zuvor allenfalls wieder schauen, was damit geschieht. Es ist dann wie nicht wieder festgeschrieben. Also, alle Zonenvorschriften, die wir machen, haben doch immer Bestand für ungefähr 15 Jahre, das ist ein Grundsatz der Zonenplanung. Aber es wäre dann wie ausgespart und man könnte zu einem späteren Zeitpunkt immer noch schauen, was man dort konkret machen will. Entweder hätte man das Paket mit allem drin, inkl. Tramschlaufe, oder man hätte das Paket einfach mit der ausgesparten Tramschlaufe.

Weil es etwas kompliziert ist, will ich noch geschwind erklären, wie die einzelnen Ziffern des Ihnen vorliegenden Beschlusses – es sind einfach fünf Ziffern des Antrags im Bericht der KBU – zu verstehen sind:

Ziffer 1 ist einfach der Grundsatzentscheid, dass man die Teilzonenvorschriften beschliesst.

Dann sind in Ziffer 2 die Genehmigungsunterlagen in der Kommissionsversion ohne die Zentrumszone Gartenhof drin.

Ziffer 3 sind einfach die orientierenden Grundlagen, die in diesem Sinn nicht gross zu diskutieren sind.

In Ziffer 4 sind die ergänzenden, rechtlich verbindlichen Vorschriften für den Fall, dass das Volk dieser Zentrumszone mit Tramschlaufe zustimmen würde. Diese zusätzlichen Bestimmungen sind im Änderungsplan B, der einfach bestimmt, welches die Zentrumszone ist, und den dazugehörigen Bestimmungen des Teilzonensreglements, welches in diesem Fall eben noch zwei zusätzliche Artikel haben müsste.

Ziffer 5 des Beschlusses wäre dann das obligatorische Referendum betreffend Ziffer 4, also das zusätzliche «Trämlipaket», wenn man so will. Darin ist auch bestimmt, dass das Ganze natürlich dann nur zusammen mit der Ziffer 1 bis 3 in Kraft treten kann.

Es gibt nie eine separate Abstimmung, also eine Abstimmung schon, aber es gibt am Schluss nie einen Zonenplan, der nur eine einzelne Parzelle betrifft. So etwas kann es nicht geben, sondern es gibt immer ein Gesamtpaket, welches je nach Entscheid vom Volk dann so oder anders aussehen würde.

Nach Ansicht der KBU ist dieses Vorgehen, welches wir hier vorschlagen, auch rechtlich abgestützt. Es ist nämlich so, dass die Kantonsverfassung bestimmt, dass man in Vorlagen eben im Sinn von einzelnen Varianten oder Optionen gewissermassen einen Beschluss aufgliedern und einzelne Bestimmungen separat zur Abstimmung bringen kann. Das ist eigentlich das, was wir hier vorschlagen. Damit habe ich geschlossen. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Herr Franz Vogt, Sie haben jetzt das Wort.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörer. Sie alle haben den Bericht gelesen. Ich bemühe mich um eine knappe Zusammenfassung und werde danach noch auf die Änderungsanträge der KBU eingehen. Der **Teilzonensplan Binningerstrasse ist für Allschwil ein bedeutungsvolles Geschäft**. Wir haben es vom Kommissionspräsidenten ausführlich gehört. Derzeit revidiert die Gemeinde Allschwil ihren Zonenplan. Das heutige, rechtskräftige Zonenreglement stammt aus dem Jahre 2008. Anpassungsbedarf ist also gegeben. Ein solches Reglement Siedlung befindet sich aktuell bei der KBU in der Beratung und wird Ihnen bald vorgelegt.

Das Gebiet Binningerstrasse wurde aus der Zonenplanung herausgelöst, um eine differenzierte, raumplanerische Lösung zu ermöglichen. Der Teilzonensplan baut auf dem räumlichen Entwicklungs-Konzept, also dem REK, und dem Masterplan Binningerstrasse auf. Im Gegensatz zu diesen beiden behördensverbindlichen Instrumenten sind Zonenplan und Teilzonensplan parzellenscharf und grundeigentümerverbindlich. Ziele dieser Zonenplanung sind: Das Gebiet ist der **dritte historische Kern** unserer Gemeinde und daher relevant für das Ortsbild. Es soll dort ein attraktives Mischgebiet geschaffen werden mit dem Schwerpunkt Arbeiten und Wohnen. Bereits heute ist das Gebiet ein Versorgungszentrum mit Ausstrahlung auch in die Region. Dies soll erhalten bleiben und gestärkt werden. Es ergibt dann auch «Wohnen mit kurzen Wegen».

Zum **Verkehr**: Die Bedingungen für Fuss- und Veloverkehr sollen verbessert werden. Grundvoraussetzungen sind einfach ideal, da sich alles im Flachen befindet und die Wege zu den Versorgungszentren und den öV-Haltestellen kurz, bequem und eben auch mit dem Velo erreichbar sind. Wichtig ist auch, die öV-Qualität zu verbessern. Idealerweise mit dem Tram. Die Verkehrsqualität für die Autofahrer soll aber nicht eingeschränkt werden. Das Auto bleibt wichtig. Da die begrenzenden Orte schon heute Knoten Neuweilerplatz und Baslerstrasse/Binningerstrasse sind, erträgt das Gebiet keinen grösseren Mehrverkehr. Deshalb soll vor allem auch in den zukünftigen Quartierplänen, über welche Sie dann natürlich hier befinden werden, Wert auf autoarmes Wohnen gelegt werden.

Zu **Arbeit und Gewerbe**. Das Gewerbe bleibt wichtig. Heute arbeiten über 2000 Leute im Gebiet. Wir rechnen mit einem zusätzlichen Potenzial von 900 Arbeitsplätzen. Dem Gemeinderat ist das Gewerbe wichtig. Deshalb gibt es in den Zentrumszonen eine Auflage, dass mindestens 70 % der Geschossflächen Gewerbefläche sein müssen. Auch im QP Ziegelei Ost sollen mindestens 30 % Gewerbeflächen entstehen. Die Sockelgeschosse sollen weitgehend dem Gewerbe vorbehalten bleiben, vorwiegend

jene, die zur Hauptverkehrsachse ausgerichtet sind. Die Lärmbelastungsstufe soll mit der LS III unverändert bleiben, unverändert zu heute. Auch die Anlieferungen sollen gebündelt werden. Zulieferungen für das Gewerbe bleiben garantiert.

Des Weiteren soll die **Durchbegrünung** gefördert werden, nicht nur zur Klimaverbesserung und zur Bekämpfung von Hitzeinseln. Es soll dadurch auch die Aufenthaltsqualität entscheidend verbessert werden. Zu letzterer tragen auch die an die Strassenparzellen angrenzenden Vorplätze und Grünräume bei, und natürlich der Lettenplatz, der zu einem zentralen Begegnungsort werden soll. In diesem Zusammenhang ist auch der zentrale Grünraum in der zukünftigen Binningerstrasse, der ja aber zum Verkehrsprojekt gehört.

Zur besseren Aufenthaltsqualität und stärkeren Durchgrünung soll auch die vertikale Verdichtung entscheidend beitragen. Unmittelbare Fussabdrücke der Gebäude werden kleiner und es entstehen mehr Freiräume am Boden, wie der Ziegeleipark. Dies betrifft insbesondere QP-Areale, die, wie erwähnt, dann ja einzeln von Ihnen hier genehmigt werden müssen.

Mit den einzelnen Zonen soll der betreffende Raum differenziert gelesen werden können. So unterscheidet man **Zonengruppen**: Wohn- und Geschäftszonen und Zentrumszonen, in welchen eine Mischnutzung von Arbeiten und Wohnen vorgesehen ist, Gewerbezonen, in denen nur gearbeitet werden soll, und die Wohnzone Stockbrunnenrain, die jetzt im Vorschlag des Gemeinderats dem Wohnen vorbehalten bleiben soll. Darauf komme ich dann beim Antrag der KBU zurück.

Die **Ausnützungsziffer** (AZ), über die man auch oft diskutiert, differiert je nach Wohnanteil von 1,2 in den, wie erwähnt, vorgesehenen Wohnzonen, bis 2,5 in den reinen Gewerbezonen. In den Zentrumszonen sind, wie zuvor erwähnt, zum Schutz des Gewerbes ein Mindestanteil gewährt, 70 % vorgesehen. Hinzu kommen noch die Zonen mit Quartierplanpflicht, welche im Rahmen von Quartierplanverfahren dem Einwohnerrat einzeln vorgelegt werden, was ich schon erwähnte.

Das ist ein kurzer Überblick. Ich bin dann auf die Ratsdebatte gespannt. Ich würde aber auch gerne noch kurz zu den **Anträgen der KBU** Stellung nehmen:

Die Fassadenbegrünung, für die man einen höheren Anteil vorschlägt, ist für den Gemeinderat so okay. Diesen Vorschlag können wir auch unterstützen.

Die Wohn- und Geschäftszone Stockbrunnenrain soll statt Wohnzone eben eine Wohn- und Geschäftszone mit Lärmschutzzone III werden. Auch damit können Gemeinderat und Verwaltung leben.

Von der Ortsbildschutzzone Binningerstrasse 167 und 169 raten wir eher ab. Wenn Sie aber dennoch diese zwei Gebäude, resp. ist es eines mit zwei Haushälften, unter Schutz stellen wollen, empfehlen wir Ihnen, sie lieber als Einzelobjekte unter Schutz zu stellen und nicht als Schutzzone, da diese Gebäude auch nicht im Amtsblatt vermerkt sind.

Ja, dem im Quartierplan Ziegelei Ost festgelegten Anteil von Ateliers und Handwerk kann der Gemeinderat ebenfalls so weit zustimmen.

Kommen wir noch zur Tramwendeschlaufe, resp. zur Zentrumszone Gartenhof, die der Kommissionspräsident als Pièce de Résistance bezeichnete. Ja, der Gemeinderat würde lieber auf die vorgeschlagene Umfrage setzen. Wir würden dazu vorschlagen, dass man eine weisse Zone ausscheiden würde, wie es Matthias Häuptli erläuterte. Dann würde diese Parzelle A 788 nicht umgezont. Wir würden aber vorschlagen, den Art. 32 im Reglement ersatzlos zu streichen. Ebenso die Bestimmungen zur Zentrumszone Gartenhof im Art. 25. Wir würden eher vorschlagen, dieses sozusagen Problem mit der Umfrage zu lösen.

Des Weiteren gibt es noch einen Punkt, auf den ich hinweisen will. – Darf ich Sie vielleicht noch bitten, es aufzulegen? – Es ist einfach nur, dass es schon einmal erwähnt ist und Sie es in die 2. Lesung mitnehmen können. Das Bild zeigt die zwei **Pförtnerhäuser**, die in den Grünraum und mittig in die Strasse zu liegen kämen. Der **Lagerschuppen** des kleineren Pförtnerhauses ist nach unserer Ansicht **nicht schutzwürdig**. Vermutlich ist es auch ein Fehler, dass das ganze Gebäude schraffiert ist. Aus unserer Sicht wäre nur der Teil, den ich grün umrandet habe, schutzwürdig. Dies müsste man dann in der 2. Lesung beschliessen, wenn der Einwohnerrat damit einverstanden ist.

Dies wären meine Ausführungen gewesen. Vielen Dank fürs Zuhören.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Wir kommen zur allgemeinen Beratung. Gibt es Meldungen? Christian Jucker, bitte!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich möchte einfach generell schnell die Stellung unserer Fraktion bringen. Es hat mich nun gewundert, weshalb nicht alle aufstrecken, weil es eigentlich ein wichtiges Kapitel für Allschwil ist. Grundsätzlich anerkennen wir die sorgfältige und breit abgestützte Arbeit, welche die KBU erbracht hat. Seit ich im Rat bin, kann ich mich, glaube ich, nicht erinnern, dass eine Vorlage so seriös und so detailliert ausgearbeitet wurde. Wir unterstützen das Vorgehen der KBU vollumfänglich. Alle Anträge und alle Optionen. Wir sehen diese Vorlage als eine von grosser Bedeutung für Allschwil. Wir prägen unser Dorf die nächsten zwanzig Jahre. Wie wir entscheiden, ist also essenziell. Lasst uns dafür Zeit nehmen, lasst es uns auch noch mehrfach diskutieren, wenn es notwendig ist, und hoffentlich finden wir eine Lösung, hinter welcher wir alle stehen können. Wir haben es damit in der Hand, die langfristigen Auswirkungen auf Wohnen, Arbeiten und die Aufenthaltsqualität in der Binningerstrasse auszurichten und entsprechend positiv zu beeinflussen.

Was uns bedeutungsvoll ist, und ich glaube, das kommt im KBU-Bericht auch gut daher, ist, dass man dem Gewerbe keine Stöcke zwischen die Beine wirft. Wir möchten es weiterhin entsprechend fördern und Bedenken der Gewerbetreibenden weiter aufnehmen und in die Planung einbringen. Nach unserer Meinung hat die KBU auch die wichtigen Schritte unternommen und weiterhin mit KMU Allschwil Schönenbuch und betroffenen Gewerblern gesprochen, und die Anliegen auch hereingetragen und in die Berichterstattung eingebracht.

Zentrale Bedenken zu Lärm-, Nutzungskonflikten und Verdrängung wurden ernst genommen und sind nach unserer Meinung jetzt besser berücksichtigt, als sie im ursprünglichen Bericht waren. Speziell auch die Änderung der Lärmempfindlichkeitsstufe betrachten wir als einen wichtigen Punkt.

Die Planung und Weiterentwicklung der Tramlinie 8, die ja wie bereits besprochen, nicht direkt Teil der Vorlage ist, sehen wir aber trotzdem als einen sehr wichtigen Teil für die Entwicklung des Quartiers. Wir denken, die gesunde Entwicklung benötigt mehr öffentlichen Verkehr, benötigt mehr Langsamverkehr und benötigt Arbeiten einfach zur Unterstützung der Fussgänger. Damit ist die Tramlinie 8 ein essenzieller Bestandteil, aber, da wir auch die Arbeit der KBU unterstützen, sehen wir die Auf trennung einer Abstimmung als sinnvoll. Damit können wir den Zonenplan bestimmen, wir können ihn weiterbringen und separat über die Tramsache abstimmen, und im Speziellen auch der geforderten Meinungsbildung Weg geben und dem Kanton zeigen, ob Allschwil ein solches Tram in dieser Form möchte oder nicht. Wir sind aber weiterhin, das haben wir bereits bei der Einführung dieser Sitzung erwähnt, offen, auch eine Befragung durchzuführen. Wir möchten dies einfach als Follow-up zu dieser Diskussion noch einmal separat diskutieren und schauen, was Sinn ergibt.

Was wir als kritisch sehen, ist, jetzt ein Projekt der Tramlinie, so, wie es jetzt bereits seit ungefähr zwei Jahren diskutiert wird, gegen einen bis jetzt weder genau definierten noch klar aufgezeichneten Ringschluss eines Trämlis zu vergleichen und dann in einer Art Abstimmung oder Umfrage zu fragen: Wollt ihr die Tram-8-Version, über die wir jetzt seit zwei Jahren diskutieren, oder etwas ganz anderes, wovon ihr nicht wisst, was es ist? Deshalb möchten wir dies entsprechend noch im Detail anschauen, wie man es gut gestalten kann. Danke schön.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Noëmi Feitsma!

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Auch ich möchte mich von Herzen bei Matthias Häuptli und Franz Vogt für ihre Ausführungen bedanken. Ich finde, es ist doch ein sehr komplexes Geschäft, und sie haben die richtigen Worte gefunden, um das Ganze äusserst verständlich und schlüssig darzustellen. Auch wir von der SP-Fraktion werden der KBU in allen Punkten folgen. Unabhängig von der Tramverlängerung ist es unserer Meinung nach immens wichtig, dass der Letten eine Aufwertung erhält. Denn geografisch und sogar auch noch ein wenig historisch gesehen, ist es ja eher das Herz von Allschwil beim Letten und beim Gartenhof, also das Zentrum, als z. B. das Dorf. Deshalb halten wir es für wichtig, dass dort etwas geschieht. Wir sind auch der Meinung, dass gute Dinge vorgesehen sind.

Wir wollen uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht für oder gegen eine Tramverlängerung aussprechen, sondern wirklich einfach für den Teilzonenplan Binningerstrasse. Gleichzeitig verstehen wir aber auch die Tatsache, dass der Kanton die Tramverlängerung einfach umsetzen kann, ohne uns Allschwiler zu fragen, bei vielen Personen ein gewisses Ohnmachtsgefühl auslöst, was einfach nicht schön ist.

Genau deswegen sind auch wir der Meinung, dass die Tramfrage unbedingt vom Teilzonenplan entkoppelt werden muss. Der Antrag der KBU macht dies möglich. Deshalb werden wir diesem mehrheitlich folgen.

Übrigens verstehe ich, das ist nun meine ganz persönliche Meinung, weshalb die Motionäre dieser Konsultativabstimmung sie nicht vollständig zurückziehen. Denn ich bin überzeugt, dass dieser Antrag der KBU vollkommen ausreichend ist. Und wenn man zudem noch eine unverbindliche Umfrage zusätzlich durchführen würde, frage ich mich schon, wie wertvoll uns unser Geld ist. Denn das kostet dann auch wieder. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Gerade mal so viel zu sagen: Dass die SP natürlich das Volk nicht einbinden will, ist schon öfter vorgekommen. Das wäre doch in erster Linie mal das Wichtigste, dass das Volk überhaupt darüber abstimmt. Das Zweite, was ich ansprechen will, ist der Lagerschuppen. Ich will es ein wenig infrage stellen, ob man diesen Platz nicht für das Tram benötigt, und man deshalb diesen Lagerschuppen weg haben will. Wie auch immer. Wir von der SVP-Fraktion werden uns nicht gross dazu äussern, denn wir beabsichtigen, uns diese Punkte noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen, und wollen das Ganze zuerst noch einmal studieren. Denn, es waren so viele Unterlagen, so viele Dinge zum Lesen, zum Anschauen, dass wir uns jetzt bestimmt keine Richtung geben werden, wohin wir uns bewegen.

Nun, in eigener Sache als Einwohnerrat: Ich will doch vorab klären, dass ich nichts dagegen habe, dass ein Zonenplan oder Teilzonenplan entsteht. Man muss sich es aber doch mal richtig überlegen, was man hier macht. Ich möchte eigentlich einen Punkt aus dem Ganzen herausnehmen, denn es wurde so viel gesagt. Man spricht davon, dass man im Sockelgeschoss Gewerbe haben will, Seite Tram. D. h., man will doch dort neben dem Tram links und rechts Lädelis haben, damit man schön flanieren kann. Hejoh, der Fussweg muss da ja Platz haben und es muss gefördert werden, und dass es da Lädelis gibt usw., das ist doch der grosse Plan. So habe ich es auf jeden Fall verstanden. Aber es gibt keine Gemeinde in diesem Kanton, keine Gemeinde, in der das funktioniert. In keiner Gemeinde, in der Stadt funktioniert es nicht, in den Gemeinden funktioniert es nirgends. Wenn man die Binningerstrasse betrachtet, geht das nicht, man kann nach Sissach gehen, es funktioniert nicht. Weshalb will man hier nun gezwungenermassen alle diese Sockelgeschosse mit Läden befüllen, in die keiner einkaufen kommt? Da muss ich mich schon fragen: Was ist für mich der grösste Punkt in diesem Bereich?

In der Grünzone ist man sich auch nicht wirklich einig, Konsens im Gewerbe gibt es ja nicht. Und man hat die Befürchtung, dass das Tram ... – wenn es die Abstimmung gibt, dass es mit dem Tram in Verbindung gesetzt wird und dementsprechend das Ganze bachabgeht. Man hat nun mal einen Fehler gemacht, dass man die Tramverlängerung nicht von diesem Teilzonenplan abgesetzt und vom Ganzen abgekoppelt hat, damit man sie getrennt behandeln kann, damit man sie schlussendlich getrennt behandeln kann. Was ich am Ganzen auch eben nicht verstehe: Wir hier im Einwohnerrat sprechen von einer Tramverlängerung. D. h. Schienen mit Tram und Endstation. Und die KBU spricht nur von der Tramschlaufe. Die KBU spricht rein von der Tramschlaufe und nicht vom Tram. Das ist auch eine ganz differenzierte Aussage, die wir genauer betrachten müssen. Denn wir bauen bestimmt keine Schienen bis an den Gartenhof und dann machen wir keine Schlaufe hintendran. Das muss man differenzieren, und entweder wir sprechen jetzt vom Tram und der Tramverlängerung oder, wie die KBU, wir sprechen von der Tramschlaufe hinter dem Gartenhof, ob man es machen will oder schlussendlich nicht. So weit. Eben, von der SVP werdet ihr sicher im Februar mehr hören. Dementsprechend: Danke schön.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke schön vielmals. Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratsmitglieder. Es wurde ja sehr viel gesagt. Die Mitte-Fraktion möchte in erster Linie den grossen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Wir erkennen an, es ist nicht etwas, was so schnell nebenbei gemacht wurde, sondern es benötigte sehr viel Arbeit. Inhaltlich werden wir, Stand jetzt, den Anträgen der KBU zustimmen können. Unter dem Vorbehalt natürlich, dass die 1. und die 2. Lesung noch durchgeführt werden muss. Für uns ist es auch sehr wichtig, dass die Tramverlängerung oder zumindest die Tramschlaufe abgekoppelt wurde, damit man über den Zonenplan unabhängig vom Trämlí befinden kann. Was die Konsultativabstimmung betrifft: Das ist für uns nicht reine Geldverschwendug. Wir haben doch gehört, ob die Tramverlängerung kommt oder nicht, entscheidet letztlich der Kanton. Ich empfinde es als angebracht, dass der Kanton zuvor weiß, wie die Stimmungslage in

der Gemeinde Allschwil ist, die es natürlich direkt betrifft. Also noch einmal meinen besten Dank für die Arbeit, die geleistet wurde, sowohl seitens Gemeinderats und Gemeindeverwaltung, als auch seitens der zuständigen Kommission. Besten Dank.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich muss nun einfach kurz klarstellen: Henry Vogt, ich habe natürlich volles Verständnis dafür, dass, wenn die Sitzung eineinhalb Stunden dauert, man vielleicht nicht mehr alles weiß, was gesagt wurde. Aber wenn die Vorrednerin von dir, die SP-Haltung noch einmal klar äussert, dass ein grosser Teil oder ein Teil der Fraktion erstens mal für den KBU-Vorschlag ist, und zweitens auch schon mehrmals von Noëmi und von mir gesagt wurde, dass wir auch für eine Umfrage wären – nun ist nur noch die Frage, in welchem Ausmass diese Umfrage stattfindet – und du es dann schaffst, in der nächsten Wortmeldung zu sagen, dass wir nicht wollten, dass das Volk daran beteiligt ist, ist das sehr schwach. Und, es tut mir leid, dann muss man halt kurz vor seinem vorbereiteten Skript abweichen, vielleicht diesen Satz streichen und es ein wenig anpassen. Also, noch einmal: Die Haltung der SP-Fraktion ist klar: Konsultativabstimmung wollen wir nicht, wir wollen aber eine Umfrage. Ob es diese Umfrage ist, die ihr vorstellt, oder die Umfrage vom Gemeinderat, ist noch offen. Zweitens kann sich ein grosser Teil der Fraktion auch vorstellen, das Referendum der KBU zu unterstützen. Damit das einfach noch einmal klar ist. Vielleicht, ja, kannst du ja noch einmal sagen, dass wir es nicht wollten, aber dann kann man im Protokoll nachlesen, was die Haltung ist. Danke schön.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Nico Jonasch!

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch wir von der FDP-Fraktion möchten vorerst einmal Dankeschön sagen, für das, was gearbeitet wurde. Es ist ein grosser Aufwand, es gingen viele Stunden drauf. Das schätzen wir in besonderem Masse. Ich kann nicht viel mehr anfügen, als das, was meine Vorredner bereits alles erwähnten. Ich möchte es auch nicht unnötig in die Länge ziehen. Stand heute werden auch wir den Anträgen der KBU folgen, lassen aber noch die zwei Lesungen durchgehen. Was ich an dieser Stelle aber noch erwähnen will, ist: Für mich hat Allschwil, oder, man sagt es nicht umsonst, es ist der Dorfkern. Und für mich bedeutet Kern auch eine Kernzone. Die Binningerstrasse ist keine Kernzone. Deshalb möchte ich schon noch einmal an dieser Stelle festhalten: Das Dorf bleibt der Kern, das kann niemand und keine andere Zone in dieser Gemeinde überbieten. Danke schön.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Ueli Keller!

Ueli Keller, parteilos: Geschätzte Anwesende. Ich wiederhole es gerne und sage es ein zweites Mal: Ich finde dieses Geschäft hervorragend gut vorbereitet. Der einzige Haken, den es für mich gibt, ist: Ich stelle mir die Frage: Muss denn immer noch mehr gebaut werden? Aber das Geschäft ist grundsätzlich einwandfrei vorbereitet. Gefreut hat mich auch, dies erwähne ich gleichsam ein zweites Mal, der Vorschlag für diese Bevölkerungsbefragung. Der Vorschlag stimmt aus meiner Sicht mit dem, was der Gemeinderat am 5. November als Leitfaden für die Partizipation vorgestellt hat, überein. Das geht in diese Richtung. Es ist in dem Sinn aus meiner Erfahrung, aus meinem Erfahrungshorizont der Allschwiler Politik, ein Paradigmenwechsel. Das hat es noch nie gegeben, dass die Gemeinde proaktiv eine Befragung durchgeführt hat. Subaktiv schon, wenn der Mist geführt war, aber proaktiv eine Befragung gemacht, hat die Gemeinde noch nie. Das ist auch kantonal ein riesiger Entwicklungsschritt. Ich bin mit dem Tram 8 schon lange im Kanton, mit der Kantonsverantwortlichen der Verwaltung im Gespräch. Vor einiger Zeit, das sind inzwischen schon Jahre, hat man mir noch gesagt, die Idee, die Bevölkerung zu befragen, sei schon gut, aber es habe keinen Wert, weil sie nicht draus kämen. Jetzt ist es wirklich ein ganz anderer Ansatz, woran ich Freude habe und worauf ich stolz bin: dass ich in Allschwil wohne.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Matthias Häuptli!

Matthias Häuptli, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte gerne auf ein paar Punkte eingehen, die geäussert wurden. Vorweg einmal jene, die einfacher zu beantworten sind. Bezuglich des Lagerschuppens, der aus dem Ortsbildschutz als Schutzobjekt gestrichen werden soll, weil der Platz für das Trämlis benötigt würde. Das ist nicht der Fall. Der Lagerschuppen käme eigentlich auf die Grüninsel, gemäss dem Konzept des Kantons. Diese Grüninsel muss man sich so ähnlich vorstellen wie am Aeschengraben zwischen Bahnhof und Aeschenplatz. Es hat ungefähr dieselbe Breite. Es sieht auf dem Plan auf den ersten Blick zwar schmal und mickrig aus, aber in der Realität ist es nicht wenig. Die 15 Meter Breite, die es hat, gelten eigentlich als Grünzone, doch so

weitestgehend ein wenig eine Oase im Verkehr. Wenn man es in Basel anschaut, wie es funktioniert, stellt man fest: Es funktioniert tatsächlich. Also, es wird auch genutzt. Ich ging mal an einem relativ verhangenen Tag dort lang und habe die Leute gezählt, die auf den Bänkchen sitzen. Also, mehr als jedes zweite Bänkchen war besetzt, obwohl die Sonne nicht schien. Es ist ein Angebot, welches angenommen wird. Natürlich wird man dann prüfen müssen, ob es so funktioniert. Aber jedenfalls wären diese Pförtnerhäuschen auf dieser «Grüninsel», und der Verkehr, weil die Binningerstrasse an dieser Stelle nicht breit genug ist, würde links und rechts geführt. Soviel dazu.

Es wurden Bedenken geäussert, dass Läden im Erdgeschoss nicht funktionieren. Ich glaube, es geht nicht nur um Läden, sondern die Bestimmung ist einfach, dass man nicht Wohnnutzungen haben will, die zur Binningerstrasse orientiert sind, sondern grundsätzlich gewerbliche Nutzungen sein sollen, vorzugsweise eben Läden in einem breiten Sinn. Ich denke, auch ein Verkaufsgeschäft eines Garagenbetriebs, wie es dort jetzt auch bereits eines gibt, ist in diesem Sinn eine solche Nutzung, die an der Binningerstrasse sein kann.

Zum Punkt Tramschlaufe ist es einfach so: Bei dieser Vorlage ist nicht über das Trämlie abzustimmen – grundsätzlich. Die Vorlage ist sozusagen nur alles, was neben dem kantonalen Projekt ist. Es ist nicht unsere Kompetenz, über das Trämlie abzustimmen. Es gibt in diesem Teilzonenplan nur ein einziges Element, welches mehr oder weniger etwas mit dem Trämlie zu tun hat, und das ist die Zentrumszone Gartenhof, die in den Zonenvorschriften drinsteht, wie sie überbaut werden kann, und dass dort der Ort ist für eine Tramschlaufe. Nun ist es so: Rein rechtlich kann eine Tramschlaufe dort gebaut werden, unabhängig davon, wie es zoniert ist. Es ist ein rein politisches Signal, das man geben würde, wenn man dem zustimmt oder nicht zustimmt. Es ist ein wenig das Vehikel, das die KBU genommen hat. Eigentlich geht es gar nicht darum, ob eine Tramschlaufe in den Zonenplan kommt. Das ist ... – eben, wenn das Trämlie vom Kanton beschlossen würde, wäre es egal, ob es drinsteht. Sondern es geht darum, dass man es gewissermassen als Aufhänger nehmen kann, damit man überhaupt eine Abstimmung durchführen kann. Und zwar eine, die nicht konsultativ ist, sondern es ist eine verbindliche Abstimmung über die Zonierung dieser Parzelle. Aber eigentlich meint man damit, dass dies das Signal ist, ob man das Trämlie will oder nicht.

Eine Überlegung, die wir uns dabei auch gemacht haben, ist: Das Problem ist eigentlich immer, auch wenn man jetzt diese Umfrage durchführen würde, erstens stellt sich immer die Frage, welche Legitimation und welches politische Gewicht hat etwas, wenn es nur als Umfrage deklariert ist, und nicht wirklich eine Abstimmung ist? Zudem stellt sich auch die Frage, wenn man eine Umfrage mit den drei Optionen, wie es die Motion vorsieht, durchführt, also ein Ja, ein Ja, aber nur mit Lückenschluss, oder ein Nein, wie man sie am Schluss interpretiert. Gesetzt den Fall, wenn nun 30 % ja sagen und 40 % sagen ja mit Lückenschluss und 30 % einfach nein sagen: Was ist zum Schluss dann das politische Signal? Dann kann wiederum jede Seite für sich herausnehmen, was sie will. Die einen sagen dann: Wir haben doch eine Mehrheit fürs Trämlie und den Lückenschluss machen wir einfach später. Die anderen sagen, wir haben eine Mehrheit, die das Projekt in dieser Form, wie es nun vorliegt, nicht will. Am Schluss sind wir nicht wirklich weiter.

Das nächste Risiko, welches man eingeht, wenn man es einfach mit der Umfrage löst, ist, dass man nun im Frühling diese Umfrage macht, dann sich womöglich darüber streitet, was es zu bedeuten hat, und dann kommt zu einem anderen Zeitpunkt möglicherweise ein Referendum gegen den Teilzonenplan, über welches dann im Herbst abgestimmt wird. Dann ist die Frage, erstens: Erinnern sich die Stimmbürger noch daran, dass es schon eine Umfrage im Frühling gab? Es geht wahrscheinlich manchmal relativ schnell, bis man solche Dinge vergisst. Also ich könnte Ihnen auch schon nicht mehr sagen, worüber wir im vergangenen Jahr abgestimmt haben. Zweitens besteht dann immer noch die Möglichkeit, dass es dann heisst: Ja, aber, jetzt haben wir doch bereits in der Umfrage gesagt, das wollen wir nicht, und jetzt kommt wieder diese Binningerstrasse, also stimmen wir einfach nein.

Wenn man es so macht, wie wir es vorschlagen, kämen natürlich einfach wirklich beide Fragen quasi gleichzeitig auf den Tisch. Wir denken, dass es dann auch einfacher ist, wirklich je eine Debatte für das eine und für das andere zu führen und zu differenzieren. Weil es klar zwei Fragen sind, die zum selben Zeitpunkt gestellt werden, ist es doch auch einfacher zu erklären, wo es um das eine und wo es um das andere geht. Deshalb sind wir halt auf diesen ein wenig unorthodoxen Vorschlag gekommen, dass man die eine Zone auf eine Art auskoppelt und dies als «Tramabstimmung» fungieren soll.

Noch ein letzter Punkt – braucht es immer mehr Bauen? Auch dies ist natürlich etwas, was auch in der KBU diskutiert wurde. Letztlich ist es halt einfach so, dass es ein Bevölkerungswachstum und ein Wirtschaftswachstum gibt, und aus diesen heraus auch die Bedürfnisse nach Bauland oder nach Baumöglichkeiten. Hier in Stadtnähe hat man die Möglichkeit, das relativ umweltverträglich mit begrenzten

Auswirkungen auf den Verkehr zu realisieren. Wenn wir es hier nicht machen, findet das Wachstum irgendwo weiter draussen in der Agglomeration statt. Dass es einfach gar nicht stattfindet, ist wahrscheinlich nicht so realistisch. Danke schön.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die allgemeine Beratung zu Ende.

Mehmet Can, Präsident: Entsprechend ist somit die 1. Lesung abgeschlossen. – Entschuldigung? [Stimmen im Hintergrund] Ja, das Traktandum wäre somit abgeschlossen. Wir machen das nächste Mal mit der 1. Lesung weiter. Dann würde ich vorschlagen, dass wir jetzt bis acht Uhr Pause machen. Sie ist ein wenig länger, aber das benötigen wir, glaube ich. Wir treffen uns um 20 Uhr wieder.

PAUSE

Mehmet Can, Präsident: Geschätzte Damen und Herren. Wir fahren weiter. Wir kommen als erstes zum Info-Fenster. Wem darf ich das Wort sogleich geben? Herr Gemeinderat Andreas Bammatter, Sie haben das Wort.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Einmal mehr kann ich Ihnen das Programm des Museums Allschwil zur Verfügung stellen. Jene, die das AWB hatten, konnten es darin bereits lesen. Ein wichtiger Teil steht auch hinten. Da ist der dunkle Teil und hinten steht: «*Neben dem Tagesprogramm planen wir die Gebäudesanierung und den Betrieb danach.*» Es ist ein wichtiger Teil. Das Haus ist, das wissen wir ja, sanierungsbedürftig. Da läuft nun natürlich auch die Planung, damit wir es dann auch entsprechend wieder nutzen können, wenn es fertig renoviert ist und wieder zur Verfügung gestellt wird, damit man die Objektausstellung auch machen kann. Der Betrieb läuft weiter, natürlich ein wenig reduziert, weil man noch gewisse Dinge tun muss. Dies als Information. Nutzen Sie die Gelegenheit, kommen Sie, geniessen Sie das Angebot der Kultur! Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann, Sie haben das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich durfte, musste, sollte an dieser Stelle schon ein paar Mal über unsere Entwicklungen im Kontext der Feuerwehr informieren. Es gab mal ein Projekt, das hieß «Feuerwehr 2025». Mittlerweile haben wir 26 und es heißt «Feuerwehr der Zukunft». Dann ging lange nichts mehr. Dann erwähnte Toni Lauber mal, dass das Projekt eigentlich beendet sei. Und dann plötzlich, wie Phönix aus der Asche, kam doch noch eine Meldung, dass es weitergehe. Jetzt habe ich für den 30.1. eine Einladung von der Gebäuderversicherung, genauer gesagt natürlich vom Kanton, vom Feuerwehrinspektorat, erhalten. Ich bin sehr gespannt, was mich dort erwartet. Ich werde selbstverständlich teilnehmen, weil mir wichtig ist, wie es mit der Feuerwehr Allschwil weitergehen soll, was der Kanton vorhat, was er uns eigentlich sagte, was er alles nicht vorhat und nun doch gemacht wird. Ich bin sehr gespannt, was mich an diesem runden Tisch erwarten wird. Ich hoffe, ich kann dann wieder nach dieser Sitzung am Freitag, 30. Januar, informieren, was in weiterer Zukunft für uns, auf uns zukommt.

Mehmet Can, Präsident: Ich sehe keine weitere Information im Fenster. Dann gehen wir gleich weiter zu unserer Fragestunde. Es haben folgende Personen ihre Frage schriftlich eingereicht: Flavio Fehr, Nico Jonasch, Mark Aellen, Ueli Keller, Christian Jucker. Habe ich sonst noch jemanden vergessen? Nicht. Ich bitte Sie, Ihre Frage vorgängig auch noch einmal für das Protokoll vorzulesen, damit sie aufgenommen wird, bevor sie vom jeweiligen Gemeinderat beantwortet wird. Dann würde ich das Wort gleich an Flavio Fehr übergeben.

FRAGESTUNDE

Flavio Fehr, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Meine Frage war, ob der Gemeinderat gedenkt, die Homepage der Gemeinde Allschwil bis Ende Jahr umfassend zu überarbeiten und neu zu gestalten, und ob der Gemeinderat den Informationsfluss gegenüber der Bevölkerung künftig oder zusätzlich, nebst der Webseite und dem Allschwiler Wochenblatt, verstärken möchte.

Mehmet Can, Präsident: Wem darf ich das Wort geben? Gemeinderätin Silvia Stucki!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Vielen Dank für diese zwei Fragen. Gleich um es vorwegzunehmen: Ich beantworte die erste Frage, und für die Antwort auf die zweite Frage übergebe ich das Wort an Franz Vogt. Die Erneuerung der Webseite ist ein Legislaturziel 2024–28. Das haben wir so definiert. Sie ist auch in einer E-Government-Roadmap verankert. Die Umsetzung der neuen Webseite steht in Abhängigkeit zum Projekt «digitale Gemeinden Basel-Landschaft». Das ist der Grund, weshalb wir mit der Umsetzung bisher noch nicht gestartet sind, oder auch bis jetzt nicht starten konnten. Gemäss neuestem Wissensstand werden die Gemeinden demnächst – «demnächst», ich habe mich erkundigt, ist der 9. Februar – von der Projektleitung digitale Gemeinden informiert, sodass danach die Planung und Erneuerung der Webseiten anhand genommen werden kann. Die Umsetzung soll danach zügig erfolgen und spätestens im Jahr 2027 abgeschlossen werden. Besten Dank.

Mehmet Can, Präsident: Dann hat Nico Jonasch noch eine Frage. Auch ... – Oh, Entschuldigung. Herr Vogt, also.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Die zweite Frage beantworte ich noch gerne. Es freut mich natürlich sehr, dass dem, was man hier sagt, zugehört wurde. Dem Gemeinderat stehen nebst der Webseite und dem Allschwiler Wochenblatt weitere Informationskanäle zur Verfügung. Das wäre mal die Gemeinde App. Man kann auch mittels Gemeinde-Melder zu unterschiedlichen Themen eine Meldung abgeben. Wenn z. B. eine Strassenlampe nicht brennt, kann man das auf der Webseite eingeben und dann geht es an den richtigen Ort. Es gibt auch zahlreiche Anlässe, die der Gemeinderat in der Regel jährlich für die Bevölkerung veranstaltet. Derzeit wird ein Pilotprojekt für die Einführung von spezifischen Newslettern durchgeführt. Konkret testet die Abteilung Kultur Möglichkeiten eines solchen Newsletters. Auf die Verwendung von Social Media hat der Gemeinderat im Jahr 2018 auch auf Rat des Einwohnerrats bei der Einführung des Kommunikationskonzepts bewusst verzichtet. Die Zeit bleibt jedoch nicht stehen. Es ist aber derzeit noch offen, ob im Rahmen der Einführung der neuen Webseite auch der Umgang mit Social Media neu beschlossen wird. Wir werden uns bestimmt darüber beraten.

Mehmet Can, Präsident: Wir kommen zur nächsten Frage. Herr Nico Jonasch, auch für Sie, bitte schnell vorlesen. Danke.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zwei Fragen eingereicht. Ich beginne mit der ersten Frage. Und zwar würde mich interessieren, wie der Winterdienst in der Gemeinde Allschwil werktags und an den Wochenenden organisiert wird.

Mehmet Can, Präsident: Herr Gemeinderat Andreas Bammatter!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Besten Dank für diese Frage. Wie Sie wissen, hat die Gemeinde anfangs 2025 das bestehende Winterdienstkonzept überprüft und eine Überarbeitung eingeleitet. Es ist auf einen Vorstoss 4769 zurückzuführen. Ich kann nun wie folgt zitieren:

„Am Werktag wird der Winterdienst vorrangig an den vorgesehenen Routen durchgeführt. Dies sind neben den Hauptachsen auch Quartier- und Nebenstrassen sowie weitere, definierte Flächen. Jeweils abgestuft nach der Priorität und situativ abhängig von der Witterung und natürlich der Intensität des Ereignisses. Ziel ist es, den Verkehrsfluss und die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden möglichst umfassend zu gewährleisten. An Wochenenden, Feiertagen und in der Nacht konzentriert sich der Winterdienst bewusst auf Priorität-1-Routen. Diese Einschränkung ist notwendig, da ein flächendeckendes 24-Stunden-Bereitschaftspikett für sämtliche kommunale Straßen mit den vorhandenen personellen und technischen Ressourcen nicht realisierbar ist.“

Eine gesetzliche Verpflichtung übrigens für einen durchgehenden Winterdienst besteht in der Schweiz nur auf dem Nationalstrassennetz. Dies als Nebenbemerkung. Auf den Gemeindestrassen gilt eine klare Priorisierung, dabei sachlich und verhältnismässig, so wie wir es machen. Die Einsatzführung erfolgt über die zuständigen Regiebetriebe nach einem klar geregelten Pikett. Entscheidungen über Einsatzbeginn und Umfang der Massnahmen werden lageabhängig getroffen. „*Bei starkem und anhaltendem Schneefall kann es notwendig sein, die Priorität 1-Route mehrfach zu bedienen, was zwangsläufig zu zeitlichen Verzögerungen, natürlich bei den nachgeordneten Strassen, führen kann.*“

Zusammenfassend stellen wir fest, dass der Winterdienst in Allschwil fachlich fundiert, priorisiert und gemäss den aktuellen technischen Normen organisiert ist. Ich hoffe, mit dieser Antwort, dienen zu können.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Danke schön, ja. Ich würde einfach noch eine kurze Nebenbemerkung anbringen. Und zwar: Es stösst manchmal etwas auf – ein ungutes Gefühl, wenn dann Leute im Werkhof anrufen und nachfragen, weshalb bei ihnen die Strasse nicht geputzt worden sei, und ihnen dann am Telefon gesagt wird: Dafür habe man kein Budget. Das finde ich mässig gut, aber lassen wir es so stehen. Es ist nur Fragestunde.

Dann die zweite Frage, die ich habe, ist: Mit der Einführung der Parkraumbewirtschaftung bewilligten wir eine Budgetposition für eine zusätzliche Gemeindepolizistenstelle. Jetzt wurde mehrfach an mich herangetragen, dass man ein privates Unternehmen gesehen hat, das Bussen verteilt. Dann stellt sich mir die Frage, weshalb wir ein Budget ... – Also, einerseits stimmt das, ich weiss nicht, ich selbst habe es nicht gesehen, man hat es mir einfach gesagt, stimmt das? Und, weshalb haben wir einen Budgetposten für eine zusätzliche Stelle freigegeben, wenn es dann doch an ein privates Unternehmen weitergegeben wird?

Mehmet Can, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann, ich gebe Ihnen das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Lieber Nico, danke schön auch für diese Frage. Das ist natürlich richtig. Tatsächlich haben wir Private unterwegs, die das machen. Denn, wenn man sich an die Diskussion zurückrinnern mag, was vorgefallen ist, haben wir nämlich zweierlei getan. Einerseits hat man eine neue Stelle, eine neue Polizistenstelle, geschaffen, und gleichzeitig aber auch ein Guthaben für Dritte gesprochen, damit wir es machen können. Denn die Ursprungsidee war nämlich, dass man zwei Polizisten anstellt. Aus Kostengründen hat man das erwogen und gesagt, dass man nein sagt, man versuche es mit Dritten zu machen, auch aus Flexibilitätsgründen, denn diese können situativ dann aufgeboten oder eingesetzt werden, wenn man sie gerne möchte und keinen Polizisten hier hätte. Dies war der Vorschlag, der von der Abteilung in den Einwohnerrat kam. Somit hat man nämlich auch Geld eingesetzt, damit nicht nur dieser Polizist, sondern nämlich auch die vorhandenen 15 000 Franken für regelmässige und konstante Kontrollen in den Quartieren, eben gerade z. B. für den ruhenden Verkehr, eingesetzt werden sollen.

Die andere Stelle des Polizisten konnte man selbstverständlich auch implementieren. Auch dieser übernimmt vorhandene Aufgaben. Es kann aber sein, dass halt jetzt gerade in diesem Fall die Externen gesehen wurden, die dort Bussen verteilen. Das heisst aber nicht, dass die Polizei sonst nicht unterwegs ist und es nicht machen würde. Man ist sehr froh, dass man vorrangig solch administrative und kleine Dinge auslagern kann, um sich auch auf die Kernkompetenzen als Polizist konzentrieren kann, was eine solche private Firma eben nicht hat, die dafür Bussen verteilen darf. Ich hoffe, das ist in Ordnung so.

Mehmet Can, Präsident: Herr Jonasch, ist die Antwort zu verdanken? – Herr Mark Aellen, Sie haben auch noch eine Frage!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Um genau zu sein: zwei Fragen. Bei der ersten Frage geht es um die Umsetzung von Tempo 30. Wir haben es im vergangenen Jahr schon diskutiert. Es hiess dann: Anfang – sorry, Ende 2025 würde man mit der Umsetzung beginnen. Meine Frage ist nun: Wo steht die Umsetzung? Falls es weitere Verzögerungen gibt: Welches sind deren Ursachen? Sind Steinbühlallee und die Wanderstrasse nun weiterhin Subjekt von Tempo 30, wie es auf den Plänen mal ursprünglich eingezeichnet war?

Mehmet Can, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Lieber Mark Aellen, danke schön auch für diese Frage oder diese Fragen. Ich versuche, sie folgendermassen zu beantworten. Beginnen wir hinten, bei der Steinbühlallee und Wanderstrasse. Es ist so: Die Steinbühlallee und die Wanderstrasse sind Strassen des Kantons Basel-Stadt. Darauf haben wir nichts vorgesehen. Genauer gesagt auf der einen Strasse, nämlich der Steinbühlallee, haben wir bereits Tempo 30, das ist schon so. Die Massnahmen von der Wanderstrasse, was dort alles geplant ist, sind nicht ganz bekannt. Daraufhin habe ich nicht nur auf diese Frage, sondern bereits im Vorfeld, auf der Verwaltung eine Frage deponiert, dass man abklären soll, was auf der Wanderstrasse geschehen soll. Ob es nun ..., man ist doch dann die Frage wegen der Fortsetzung der – ich weiss nicht, ob ich es richtig sage – Velovorzugsroute oder Veloroute oder was auch immer, in Basel-Stadt gibt es noch einmal einen solchen Terminus, den man gerne verwenden möchte, welche Strasse man meint. Dies klären wir momentan ab. Die Verwaltung hat den Auftrag, dies darzulegen, damit wir im Bilde sind, was Basel-Stadt effektiv auch plant. Das ist mal das Erste.

Dann, ja, tatsächlich habe ich vergangenes Jahr gesagt, und es wurde immer so kommuniziert, dass wir Ende 25 mit der Umsetzung beginnen können. Leider ist es so, dass der Kanton langsam und langsamer ist. Er hat es am 16. Dezember noch geschafft, entgegen meiner Wette, alle Dokumente zurückzuschicken, die wir zur Prüfung eingereicht hatten. Es ist natürlich so, dass, wenn man erst am 16. Dezember Unterlagen erhält, man nichts mehr umsetzen kann. Das ist natürlich sehr schade. Wir haben elf verschiedene Unterlagen im Sinn von verschiedenen Quartieren, wo wir Pläne, Quartier zur Genehmigung dem Kanton eingereicht und zurückhalten. Sieben davon können wir umsetzen. D. h. in diesem Fall ab jetzt, wenn es sich einigermassen vom Wetter her und den Möglichkeiten her zulässt, kann man dann auch beginnen, die Dinge umzusetzen. Umsetzen heisst aber zuallererst noch: Die Verkehrspolizei muss die Anordnung ..., also sie muss durch den Kanton publiziert werden, dann kann man Einsprachen erheben. Dann erst, wenn keine Einsprachen erfolgen oder behoben sind, kann man mit der ganzen Submission starten, und dann kann man nämlich mit der Umsetzung dieser sieben Quartiere beginnen. Es wird noch seine Zeit in Anspruch nehmen. Das ist der ganz normale Prozess.

Ich kann noch schnell informieren, welche Quartiere es sind: Gartenhof, Bettenacker, Steinbühl, Herrenweg, Ziegelei Spitzwald, Lindenbaum, Strengi Himmelreich. Dort können wir das Ganze umsetzen, wie wir es eingegeben haben. Was nicht auf Anhieb geht, sind Baselmattweg, Dürrenmattweg, Borerhof, Herrengarten und Rosenberg. Dort muss man noch vier kleinere Anpassungen vornehmen. Der Kanton ist bislang nicht zufrieden. Wir sind auch im Austausch, und ein paar Dinge, die wir korrigieren können, damit man es dann auch dort umsetzen kann. Der angedachte Planungshorizont von der Umsetzung bis im Sommer ist mir viel zu lang. Deshalb habe ich gesagt, ich möchte es gerne bis im März erledigt haben. Es kann nicht sein, dass das Planerbüro für vier kleine Anpassungen ein halbes Jahr benötigt. Vor allem ist es dann viel zu weit hinten. Also, wir sind an der Sache dran, damit wir bei der Umsetzung wirklich vorwärtsmachen können, so, wie wir es halt auch haben.

Weitere Verzögerungen können Einsprachen sein, dass der Kanton immer noch nicht vorwärtsmacht, dass das Ingenieurbüro nicht zur Verfügung steht, keine Kapazitäten hat, dass man bei der Submission, bei der Ausschreibung Probleme erhält, dass beim ausführenden Büro keine Personen sind. Das sind alles Steine, die möglich sind, was nicht ungewöhnlich ist. Das war mal der erste Teil dieser Frage. Ist das okay so?

Mark Aellen, SP-Fraktion: Bestens, merci. Die zweite Frage geht um Feuerwerk und Knallkörper. Wir haben vor zwei Jahren eine neue Regelung in Kraft gesetzt, dass man es bewilligen lassen muss. Ich würde gerne wissen: Wie viele Bewilligungsgesuche hat es bei diesen vier Ereignissen gegeben? Wie viele Beanstandungen gab es, oder Bussen? Und welche Konsequenz zieht der Gemeinderat aus diesen Zahlen?

Mehmet Can, Präsident: Herr Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Darf ich fragen, ob du einverstanden wärst, wenn ich diese Antworten gerne zusammenhängend in der Beantwortung der Frage von Ueli Keller, der praktisch daselbe gefragt hat, gebe? Dann muss ich nicht zweimal dasselbe sagen. Er hat aber noch ein paar Fragen mehr gestellt. Somit könnte ich den ganzen Sermon aufgrund einer Frage dort beantworten. Wenn es okay wäre, würde ich es so machen. Wenn du es natürlich explizit fürs Protokoll wünschst, kann ich es auch zweimal beantworten.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich bin zufrieden mit einmal.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich danke vielmals für die Effizienz.

Mehmet Can, Präsident: Dann kommen wir zu Ueli Keller. Sie dürfen Ihre Frage stellen.

Ueli Keller, parteilos: Also. Letzten Freitag war im Allschwiler Wochenblatt ein Leserbrief zum Feuerwerk. Eine Einwohnerin stellte dem Gemeinderat diverse Fragen. Was meint der Gemeinderat zu diesen Fragen? Und, was gedenkt der Gemeinderat für Allschwil weiter in Bezug auf Feuerwerk zu unternehmen? Let's go!

Mehmet Can, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Lieber Ueli Keller, danke vielmals auch für diese Frage. Ich hätte es natürlich sehr geschätzt, als ich es gelesen habe, dass Frau Imhof es mir selbst schreibt, dann hätte ich es machen können. Offensichtlich war es zu wenig medienwirksam. Jetzt haben wir es öffentlich, indem es nun halt in einer Einwohnerratsfrage kommt. Mehr Aufmerksamkeit kann man nicht haben. Deshalb widmen wir uns diesem Thema. Ich finde, es ist auch wichtig, dass man bespricht, was alles aufgrund dieser – ja, sagen wir mal – nicht besonders schönen Ereignisse rund ums Silvester geschehen ist. Ich versuche, die vorliegenden Fragen etwas aufzuteilen, da es ja in diesem Brief mehrere sind.

Die erste Frage ist: *Wie schätzt die Gemeinde den Erfolg ihres Aufrufs zu Rücksicht und Vernunft ein?* Da kann ich ganz einfach sagen: Das ist gescheitert. Der gewünschte Erfolg blieb aus. Punkt. Da muss man nicht drumherum reden, das ist ganz einfach. Ein grosser Teil, also, sowohl von der Allschwiler Bevölkerung als auch von allen anderen, die sich in der Gemeinde aufhielten, hat sich schlichtweg nicht an die Regel gehalten. Das zeigt einerseits Ignoranz, wenig Sensibilität, was auch immer. Ich kann nicht sagen, was genau es war. Ich stelle einfach fest: Die Wirkung ist ausgeblieben, die Plakatkampagne, wie wir sie gemacht haben, vielleicht waren auch die Plakate schuld, möglich, aber es hatte einfach eine sehr, sehr begrenzte Information, von Wirkung kann man beinahe nicht sprechen.

Dann wurde gefragt: *Wie viele Bewilligungsanträge für Feuerwerke gingen bei der Gemeindepolizei ein?* Das ist auch dieselbe Frage, die Mark Aellen geschrieben hat. Dementsprechend kann ich es zusammen beantworten. Es gingen insgesamt 31 Bewilligungen ein und wurden erteilt. Wenn man nun dies aber schnell versucht, in Relation zu setzen, was in der Silvesternacht war, wird man merken, dass es ein Mikroprozentsatz ist, der sich um eine Bewilligung kümmerte, und wahrscheinlich mehrere Hundert, wenn nicht Tausend Leute Feuerwerk abgelassen haben. Einfach, dass man es in Relationen sieht. Das war nun nicht sehr zweckmässig.

Weiter: *Wie viele Kontrollen wurden in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar durchgeführt?* Es ist so: In der Silvesternacht war man folgendermassen unterwegs: Die Gemeindepolizei fuhr tagsüber und dann auch nachts von 19 bis 3 Uhr morgens im Dauereinsatz Patrouille. Ergänzt wurde die Patrouille auf dem Gemeindegebiet von der Securitas. Man musste aber ab 22 Uhr die Securitas beim Schulhaus abstellen, aufgrund von grosser Sachbeschädigung, aufgrund von – ich könnte beinahe von schweren Ausschreitungen sprechen, indem man Mistkübel und Container anzündet, auf der Strasse herumfährt – also von Zuständen, wie man sie hier eigentlich nicht kennt und man eher von anderen Orten erwartet. Massive Sachbeschädigung, die wir hier im Schulhaus hatten. Deshalb der Entscheid, zwei Leute permanent hier abzustellen, um Leute wegweisen zu können und zu versuchen, den Schaden in Grenzen zu halten. Dies hatte natürlich die Konsequenz, dass wir weniger Leute zur Verfügung hatten, die an anderen Orten ihren Einsatz leisten konnten.

U. a. darf ich erwähnen, dass wir auf unrühmliche Weise im Wegmattenpark einen Hotspot hatten: Da standen ungefähr 200 Leute, die Feuerwerk à gogo abgelassen haben. Es gab keine Möglichkeit, einfach irgendwie einzuschreiten, ohne sich selbst zu gefährden. Es gipfelte auch teilweise darin, dass einzelne Raketen und Böller sogar in Richtung Polizei geworfen wurden, bewusst oder unbewusst, das weiss ich nicht. Auf jeden Fall haben sie das Fahrzeug auch abgeschossen oder auf jeden Fall beworfen. Ja, darum: Von Kontrolle kann man hier entsprechend fast gar nicht sprechen. Explizit: Die Kontrolle konnten wir aus Sicherheitsgründen beinahe nicht durchführen, so viele Leute, waren auf einmal da. Es gilt eine Maxime, dass man sich im Einsatz auch immer selbst schützen muss. Wenn der Einsatz nicht gewährleistet ist für die eigene persönliche Sicherheit, stehe ich uneingeschränkt dahinter, verlange ich von keinem einzigen Polizisten, dass er sich in einen Mob stürzt, der mit Böllern und Raketen um sich wirft, um mehr oder weniger jemandem eine Busse anhängen zu wollen.

Es wurde gefragt: *Wie viele Male wurde wegen unerlaubtem Feuerwerkslärm bzw. Störung der Nacht-ruhe die Polizei gerufen?* Man könnte natürlich meinen, dass das Telefon ununterbrochen geklingelt hat. Aber, es ist tatsächlich so: Es hat sich eine einzige Person, eine einzige Person, wegen Ruhestörung bei der Gemeindepolizei gemeldet. Das ist natürlich das andere.

Wurden Bussen verhängt? Ich habe zuvor bereits erwähnt, dass man aufgrund der grossen Anzahl anwesender Personen gar keine expliziten Personenkontrollen durchführen konnte. Ich habe Videos und Bilder aus dem Wegmattenpark gesehen, vielleicht habt ihr es am Tag danach auch gesehen. Ich habe am Abend selbst gesehen, wie es war, wie es abging. Es wäre keineswegs möglich gewesen, ohne sich selbst zu gefährden, mit zwei Polizisten Bussen zu verteilen. Dann haben wir noch den Aspekt der Rechtsgleichheit. Man kann nicht einfach jemandem eine Busse anhängen und der Rest nebenan zündet alle Batterien fröhlich weiter. Dann sagt dieser nämlich: Das kannst du im Fall gleich vergessen, der andere hat es auch getan. Das wird äusserst schwierig und mühsam. Ich möchte auch nicht wissen, was für eine Stimmung gewesen wäre, wenn dort unter den 200 Leuten die Einsatzkräfte hätten Bussen verteilen wollen. Deshalb konnten keine Bussen ausgestellt werden.

Wenn ja, wie viel und wofür? Siehe vorherige Frage. Nämlich keine!

Was gedenkt der Allschwiler Gemeinderat per 26 in Sachen Feuerwerk zu unternehmen? Das ist natürlich das Pièce de Résistance, das ist eine berechtigte Frage, die gestellt wurde. Mittlerweile ist es so: Ich habe diverse Bilder nun endlich mal konsultiert und gesehen, dass es auch Videos gibt, die uns vorliegen. Ich habe den Abschlussbericht der Gemeindepolizei und ich habe den Abschlussbericht der Securitas vorliegen. Über all das zusammen wird es ein Gespräch geben, welches ich auf jeden Fall mit Andy Meyer führen werde, und auch mit Christian Kolodziej, die vor Ort waren und die Einsätze in der Nacht gefahren, bzw. den Bericht geschrieben hatten. Wir werden garantiert Massnahmen ergreifen müssen. Es gibt eine Möglichkeit, einen Katalog, was man alles machen kann. Es müssen wahrscheinlich drastische Massnahmen verlangt werden, wenn man einem solchen Chaos im Wegmattenpark Herr werden will. Das kann man sich vorstellen, oder? Wenn weiterhin ... – und es kamen Leute, die kamen nicht nur einfach von Allschwil. Die haben taschenweise Feuerwerkmaterial mitgenommen. Man konnte auch feststellen: Es waren nicht nur Leute aus Allschwil. Sie kamen aus den umliegenden Gemeinden, aus der Stadt. Ich habe keine Ahnung, von wo. Ich weiss auch nicht, weshalb explizit das Schulhaus und der Wegmattenpark ein solcher Hotspot waren. Aber, dementsprechend, wenn wir wieder ein solches Szenario erwarten würden, muss man Massnahmen einleiten, die vielleicht anderer Natur sind als zwei oder vier Polizisten und zwei Securitas. Das ist klar. Wir werden es evaluieren und werden mit einem gescheiten Vorschlag kommen, was man tun kann und wie man es planen kann.

Dies war, glaube ich, alles für den Moment. Merci.

Mehmet Can, Präsident: Herr Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Danke schön für diese Antworten. Sie waren nicht ganz so vollständig, wie ich gehofft hatte. Denn ich habe eigentlich nach den Zahlen aller Ereignisse gefragt. Das sind doch vier Ereignisse, es sind zwei vom 1. August und zwei vom Silvester. Aber diesen Schilderungen entnehme ich, dass die Situation eigentlich nur schlimmer geworden ist, dass mehr Feuerwerk unbewilligt abgefeuert wurde, und mehr Leute von auswärts kommen, die da mithelfen.

Mehmet Can, Präsident: Herr Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ob quantitativ mehr Feuerwerk abgeschossen wurde, kann ich nicht sagen. Aber es ist eben gerade nicht richtig, dass mehr Unbewilligtes gemacht wurde, denn zuerst hatten wir 10 Bewilligungen, danach 21. Also eigentlich wurden mehr Bewilligungen eingereicht. Wenn ich es aber in Relation sehe, dann ist es natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Es war in beiden Nächten zu viel. Punkt. Schluss, wie es aussieht, primär, was danach noch an Sachschaden geschehen ist. Es ist natürlich hauptsächlich der Vandalismus und der ganze Dreck, das Littering, was vorwiegend stört und nicht geht, und dass es fünf Tage vorher und fünf Tage danach andauert. Anhand von Zahlen kann man nicht sagen, ob es mehr oder weniger war. Die Tendenz wäre, dass die Bewilligungen mehr gegriffen hätten, wenn auch halt in geringem Rahmen.

Mehmet Can, Präsident: Herr Ueli Keller!

Ueli Keller, parteilos: Ich danke für die Antwort, und ich würde mir erlauben, den Protokollauszug mit diesen Antworten an Rosemarie Imhof, die ich nicht zufällig kenne, zu schicken.

Mehmet Can, Präsident: Ja, besten Dank. Noch Herr Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe zwei Fragen. Die erste ist zum Freizeithaus Allschwil. Das Freizeithaus Allschwil wurde kürzlich ausgebaut. Das wissen wir alle, das haben wir hier beraten. Es ist ein zentraler Treffpunkt für Kinder, Jugendliche, Eltern und ganze Familien. Gleichzeitig sind die Abgänge für Pensionierungen schon sehr lange bekannt, also mindestens mir, ich weiss nicht, offiziell nehme ich auch an, dass man seit Längerem weiss, dass Michel Nobile und Peter Brack gehen. Vor diesem Hintergrund möchte ich den Gemeinderat fragen, weshalb trotz dieser Veränderungen, die man planen konnte, und der gut planbaren Erweiterung des Freizeithauses und auch im Budget, welches wir bewilligt haben, die notwendigen Stellen nicht rechtzeitig besetzt werden konnten. Denn dadurch kommt es zu einer temporären Reduktion der Öffnungszeiten und somit zu einem faktischen Leistungsabbau ohne Not. Insbesondere der Kindertreff ist nun auch, wo ich mit meinen kleinen Kindern unterwegs war, bedeutungsvoll gewesen. Es war eine essenzielle Funktion in unserer Wochenplanung. Weshalb konnte man ausgerechnet dort keine tragfähige Lösung finden, um die Schliessung an zwei Wochentagen zu vermeiden? Wie rechtfertigt der Gemeinderat die Entscheidung, es so zu tun?

Mehmet Can, Präsident: Herr Gemeinderat Andreas Bammatter!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Danke für diese sehr ausführlichen Fragen, die gestern, am Dienstagmorgen um neun Uhr, eingetroffen sind. Tatsächlich sind die anstehenden Pensionierungen seit Längerem bekannt. Entsprechend wurden auch die notwendigen organisatorischen Schritte frühzeitig und sorgfältig geplant. So wurde auch nach eingehender Überprüfung entschieden, dass die bisherige Co-Leitung jetzt, wie ihr wisst, durch eine Einzelleitung ersetzt wurde. Ich konnte bereits kommunizieren, dass die bisherigen Co-Leiter Peter Back und Daniel Schäfer ihre Freizeithausleitung am 1.1. an Christoph Rohrer übergeben haben. Neben Peter Back verabschiedet sich nun auch der Jugendarbeiter Michel Nobile in die Pension. Soweit bekannt. Die Rekrutierung dieser Leitungsfunktion wurde rechtzeitig eingeleitet und die Stelle konnte eben Christoph Rohrer frühzeitig besetzen. Von zentraler Bedeutung war auch, dass eben er als neuer Leiter des Gesamten eine Auswahl an neuen Mitarbeitern auch mitbestimmen kann, da er ja Anstellungsentscheide für das zukünftige Team treffen kann.

Was nicht vorhersehbar war: dass die beiden nun vakanten Stellen von Peter Back und Michel Nobile trotz sorgfältigen Vorgehens nicht unmittelbar besetzt werden konnten. Wir haben eine zweite Ausschreibungsrunde machen müssen. Diese Verzögerung war weder planbar noch beeinflussbar. Der Gemeinderat teilt aber die Einschätzung, dass die Angebote des Freizeithauses sowohl für die Kinder als auch der Jugendtreff für die Bevölkerung eine wirklich wichtige Funktion erfüllen. Gerade deshalb wurde der Entscheid, die Öffnungszeiten jetzt temporär anzupassen, sehr sorgfältig abgewogen. Die Reduktion betrifft ausschliesslich jene Zeiten, in welchen die Frequenzen erfahrungsgemäss am geringsten sind. Mit diesem Schritt soll gewährleistet werden, dass das neu zusammengesetzte Team innerhalb eines Jahres, da jetzt ja rund die Hälfte der Mitarbeitenden im Freizeithaus neu ist, sorgfältig eingeführt werden kann. Dass die hohe Qualität der Angebote gesichert bleiben und sich das Team als Einheit stabil entwickeln kann. Die Massnahme ist, wie erwähnt, ausdrücklich temporär und wird sofort aufgehoben, wenn die personelle Besetzung wieder vollständig und das Gesamtteam wieder stabil ist. Ganz nach dem Motto: Ein starkes Angebot benötigt ein starkes Team.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön für die Antwort. Dann komme ich ...

Mehmet Can, Präsident: Entschuldigung, Herr Bammatter, sind Sie fertig? – Super, Danke schön. Herr Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön für die Antwort. Glücklich macht sie natürlich nicht. Aber dies nun zu diskutieren, würde die Antworten allzu lang machen. Die zweite Frage ist zur Fahrplanänderung von Bus 49 / 64. Seit der Fahrplanänderung verkehren die Buslinien 49 und 64 nicht mehr durchgehend wie zuvor. Dadurch haben insbesondere Pendlerinnen und Pendler sowie Schülerinnen, Schüler und Leute in Ausbildung zusätzliche Umsteige- und Wartezeiten. Betroffen sind die Strecken zwischen Allschwil – Reinach – Oberwil und Therwil. Für gewisse Leute ändert sich die Fahrzeit für die Betroffenen von 30, 32 Minuten auf bis zu 46 Minuten oder sogar auf eine Stunde in den Abendstunden. Ich möchte dem Gemeinderat daher die folgenden Fragen zur Beantwortung

stellen: Weshalb hat man diese Verschlechterung des öffentlichen Verkehrsangebots in Kauf genommen? Welche Mitwirkungs- und Einsprachemöglichkeit hat die Gemeinde im Vorfeld genutzt? Wie beurteilt der Gemeinderat die deutliche Mehrbelastung für die Berufstätigen, Lernenden und weiteren Pendlerinnen und Pendler? Ist sie zumutbar? Plant der Gemeinderat, diese Situation beim Kanton noch einmal anzusprechen oder sie auf sonstige Weise zu verbessern? Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Herr Gemeinderat Andreas Bammatter!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Auch da gebe ich gerne Antwort zu diesem Fragenkomplex, der gestern am Morgen um viertel vor zehn Uhr eingetroffen ist. Die Verschlechterung des Angebots war für die Gemeinde Allschwil in dieser konkreten Ausprägung nicht vorhersehbar. Mit dem Fahrplanwechsel waren die Unterlagen zur Anpassung der Linien 49 und 64 nicht explizit für Allschwil, bzw. für Basel West, Bachgrabengebiet, zugeordnet. Sondern, das ist im Kanton halt so, liegen im übergeordneten Konzept Birssstadt Süd. Entsprechend war auch nicht ersichtlich, dass sich, wie der Fragende sagte, die Verbindungen zwischen Allschwil und Reinach, Oberwil und Therwil teilweise deutlich längere Reisezeiten ergeben haben.

Zur zweiten Frage: Die Gemeinde hat sich natürlich im Rahmen der ordentlichen Vernehmlassung zum Fahrplanwechsel eingebbracht. Es wurden vor allem jene Aspekte thematisiert, die in den kantonalen Unterlagen eindeutig als Allschwiler Anliegen erkennbar waren. Da die konkreten Auswirkungen, wie ich bereits erwähnt habe, auf die Linien 49 und 64 nicht explizit ausgewiesen sind, konnten wir auch nicht gezielt diese Verschlechterung adressieren. Der Gemeinderat beurteilt natürlich die zusätzlichen Umsteige- und verlängerten Reisezeiten sowie die längeren Wartezeiten für Pendlerinnen und Pendler sowie auch für Schülerinnen und Schüler grundsätzlich kritisch. Die Rückmeldungen bestätigen, dies hat der Fragende auch schon erwähnt, dass sich einzelne Relationen um mehrere Minuten oder sogar eine halbe Stunde verlängert haben. Der Gemeinderat erachtet diese Mehrbelastung insbesondere im Berufs- und Schulverkehr als nicht zumutbar, bzw. teilweise zumutbar.

Der Gemeinderat ist daran, alle Rückmeldungen aus der Bevölkerung sowie die konkreten Auswirkungen des Fahrplanwechsels systematisch zu sammeln und natürlich auszuwerten. Gestützt auf diese Kenntnisse ist dann auch vorgesehen, das Gespräch mit dem Kanton wieder zu suchen und auf entsprechende Verbesserungen für den nächsten Fahrplanwechsel hinzuwirken. Sofern sich natürlich all diese Nachteile im Alltag bestätigen werden. Ich kann noch dazu sagen: Gerade gestern wurde eine Petition zum 61er eingereicht, mit der die Anwohnerinnen und Anwohner, die in der Nähe des Friedhofs Allschwil wohnen, den alten Zustand des Fahrplanwechsels wieder wünschen. Besten Dank.

Mehmet Can, Präsident: Herr Jucker, sind Sie mit der Antwort zufrieden?

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Besten Dank. Uns liegen keine weiteren Fragen vor. Entsprechend fahren wir mit Traktandum 4 weiter.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderats vom 24.9.2025, zur Motion
von Christian Jucker, GLP, vom 7.10.2024, betreffend
Transparenz im Stellenplan v2.0: Einbezug privatrechtlicher Anstellungen
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4757 / A

Mehmet Can, Präsident: Die Rednerreihenfolge sieht gemäss § 75 wie folgt aus: Zuerst der Antragsteller, Christian Jucker, anschliessend Gemeindepräsident Franz Vogt, und anschliessend kommen die Vertretungen der Fraktionen und die allgemeine Rednerliste. Herr Christian Jucker, Sie haben das Wort!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich würde das Wort gerne direkt an Franz Vogt übergeben. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Herr Gemeindepräsident Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörer. Sie haben den Bericht gelesen. Es geht in erster Linie um die Berichterstattung. Über die einzelnen Kategorien und Gründe für privatrechtliche Anstellungen haben wir uns im Februar bereits ausgetauscht. Deshalb gehe ich darauf jetzt nicht weiter ein. Wir waren uns einig, dass der Gemeinderat im Rahmen einer bestehenden Berichterstattung berichten soll. Die Motion verlangt eine belastbare Detaillierung. Diese liegt zum Zeitpunkt des Budgets halt nicht vor. Auch in der Jahresrechnung ist nach Finanzhandbuch die Berichterstattung zu Stellenplänen nicht vorgesehen. Der Gemeinderat erachtet es deshalb als sinnvoll, die gewünschte Transparenz im Geschäftsbericht herzustellen. Aktuell wird in der Rubrik «Mitarbeitende» der öffentlich-rechtliche Stellenetat dargestellt. Dieser soll mit den privatrechtlichen Anstellungen ergänzt werden, wie Sie in der Beilage gesehen haben. Mit diesem Vorjahresvergleich, oder: damit und mit dem Vorjahresvergleich, erhält der Einwohnerrat somit eine belastbare Übersicht über den privatrechtlichen Stellenetat. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, die Motion 4757 als erledigt abzuschreiben.

Mehmet Can, Präsident: Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich halte mich kurz. Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Die präsentierte Lösung weicht zwar wenig vom Wortlaut oder der Begründung der Motion ab, aber der Zweck der Motion bestand darin, Transparenz darüber zu schaffen, wie sich die privatrechtlichen Anstellungen der Gemeinde im Vergleich zum Gesamtbudget, Gesamtrechnung und zu den öffentlich-rechtlichen Stellen entwickeln. Es ging darum, dass wir eine verlässliche Grundlage haben, um zu sehen, wie es sich entwickelt, wie es sich verschiebt und welche Tendenzen es im Stellenbestand gibt. Das jetzt vorgeschlagene Vorgehen über den Geschäftsbericht erfüllt aus meiner Sicht diesen Zweck. Wir haben nachher eine belastbare und aussagekräftige Vergleichsbasis. Insofern möchte ich dieses Vorgehen als sachgerecht und zielführend bezeichnen und kann somit die Abschreibung der Motion unterstützen. Danke schön.

Mehmet Can, Präsident: Dann würde ich den 1. Vizepräsidenten bitten, mit der Beratung fortzufahren.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Gibt es Meinungen aus den Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Mehmet Can, Präsident: Bestens. In diesem Fall kommen wir gleich zum **Antrag des Gemeinderats**, auf Seite 5, Geschäft 4757 A.

*Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:
Die Motion von Christian Jucker der GLP-Fraktion betreffend Transparenz im
Stellenplan V2.0, Einbezug privatrechtlicher Anstellungen, Geschäft 4757, wird
als erledigt abgeschrieben.*

Wer diesem Antrag folgen will, möge bitte jetzt die Karte erheben. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://:

Somit haben Sie ihn **einstimmig angenommen**.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über dieses Geschäft als Ganzes. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, möge bitte mit der Karte zeigen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://:

Sie haben dieses **Geschäft einstimmig angenommen, bzw. abgeschlossen**.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderats, vom 3.12.2025, zum Postulat
von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 14.10.2025, betreffend
Unhaltbare Verkehrsführung im Dorfkern wegen der
Baustelle in der Schönenbuchstrasse
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4804 / A

Mehmet Can, Präsident: Die Rednerreihenfolge sieht wie folgt aus: Der Antragsteller, Nico Jonasch, anschliessend Gemeindevorsteher Philippe Hofmann, und anschliessend die Vertreter der Fraktionen und allgemeine Rednerliste. Herr Nico Jonasch, Sie haben das Wort.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was soll ich zu diesem Bericht sagen? Ich sage mal Dankeschön für die Ausarbeitung der Unterlagen. Es ist für mich mal wieder ein Paradebeispiel für «Dienst nach Vorschrift». Man prüft, was nicht möglich ist und was natürlich gesetzlich erlaubt ist. Selbstverständlich kann man nicht Sachen machen, die nicht dem Gesetz entsprechen und die rechtliche Schritte nach sich ziehen könnten, das ist mir klar. Man schaut aber dabei nicht ein wenig nach links und auch nicht ein wenig nach rechts. Man prüft keine anderweitigen Ideen und Vorschläge. Im Gegenteil, man hat sogar Angst vor Konsequenzen, wenn man bei einem Ingenieurbüro vorspricht und mit der Ausarbeitung nicht zufrieden ist, und hat am Schluss noch Angst vor zusätzlichen Kosten. Ich meine, zusätzliche Kosten fallen nur dann an, wenn sie auch wirklich einen Mehrwert bringen. Wenn man mit einem Ergebnis nicht zufrieden ist, muss man halt darum kämpfen, dass man es nicht bezahlen muss. Dies einfach als Randbemerkung.

Im Bericht wird weiter gerühmt vor schnellen Reaktionen auf gewisse Punkte. Ich sage, indem man zehn rot-weiße Pylonen auf der Klarastrasse aufstellt und einen Verkehrssoldaten im Dorf hinstellt und den Verkehr von Neuweiler Richtung Basel regelt und die von Schönenbuch durchkommen lässt, wenn sie hinunterfahren, sind das für mich keine Sofortmassnahmen, mit denen man sich jedenfalls nicht rühmen kann. Dies hätte man von Beginn weg so machen können. Dann wäre sicher schon mal ein Punkt abgearbeitet gewesen, und es bräuchte nicht unbedingt einen politischen Vorstoss. Im Weiteren scheint es mir, dass es wieder sehr lange dauerte, bis dieser Bericht ausgearbeitet wurde, vor allem, weil er auch einstimmig dringlich überwiesen wurde. Das finde ich schade. Es ist jetzt, da wir es beraten, natürlich auch einfach zu spät, um noch weitere Massnahmen zu ergreifen. Denn in etwa drei Monaten ist diese Baustelle erneut vorbei. Dies war auch der Grund, weshalb man das Ganze dringlich überwiesen hatte.

Ich möchte es mir oder euch auch nicht unterlassen, zu diesem Projekt ein paar Gedanken, mögliche Lösungsvorschläge mitzugeben. Vielleicht auch einfach als Anstoss für die Zukunft, wie man ein solches Projekt angehen kann. Ich sage an dieser Stelle: Ich bin weder ein Fachmann noch weiß ich es besser als andere. Es sind einfach Ideen von einem bodenständigen Menschen, die ich gerne dieser Runde mitgeben will. Vielleicht wäre eine Idee gewesen, die man hätte anschauen können, Arbeiten im Zweischichtbetrieb. Dann hätte man die ganze Zeitdauer dieser Baustelle verkürzen können. Vielleicht wäre es auch richtig gewesen, wenn man gewisse Verankerungen im Bauprogramm oder gewisse Richtlinien im Bauprogramm verankert hätte, indem man gesagt hätte: Am Wochenende muss diese Strasse offen sein. Das ist mit ein wenig Mehrkosten verbunden, klar, denn sie müssen Platten legen, logisch. Aber, ich finde es für mich und für viele, die dort stehen, was ich auch gehört habe, unverständlich, wenn ich an einem Lichtsignal am Samstagmorgen oder am Sonntagabend stehe, und einfach fünf, sechs Minuten warten muss, ohne dass jemand entgegenkommt. Das kann man anders lösen. Man hätte vielleicht sogar überlegen können, wenn man den Bogen weiter spannt und sagt: Hey, man öffnet die Strasse am Abend wieder; das ist alles möglich. Das gibt es. Das muss man prüfen und dann muss man eruieren, ob es geht. Zumal ja die Zufahrt zu Doktor Lusser in seinen Vorgärten immer gewährleistet war, damit seine Patienten vorfahren konnten. Ich finde, dann wäre es auch für den restlichen Abschnitt möglich gewesen, eine solche Idee zu überprüfen.

Es hätte z. B. auch weitere Möglichkeiten gegeben, indem man zwei Verkehrskadetten bei den Lichtsignalen hingestellt hätte, einen an der Baslerstrasse, den anderen an der Schönenbuchstrasse, die mit Funk miteinander verbunden gewesen wären. Dann hätte man nämlich die Intervalle zwischen den Grün- und der Rotzeiten besser steuern können, weil man sie dem Verkehr hätte anpassen können. Dann wäre es nicht einfach ein fixes Intervall gewesen, das hin und her geschaltet hätte. Dies vielleicht auch noch als Punkt.

Und ein letzter Punkt, und da ist jetzt im Moment gerade das beste Beispiel, welches ich erwähnen kann: Man kann eine solche Baustelle auch, vielleicht nicht komplett, aber zu einem grossen Teil, bei laufendem Verkehr durchführen. Das geht. Seit rund sieben Arbeitstagen arbeiten die Herren dort, wo der Verkehr nebenan durchfliesst. Wir haben gegenwärtig kein Lichtsignal im Dorf. Es funktioniert. Ich finde es einfach schade, dass solche Punkte nicht im Vorfeld geprüft wurden oder zumindest in Erwähnung gezogen wurden. Es ist auch nicht meine Aufgabe, der Verwaltung mögliche Lösungsvorschläge aufzuzeigen. Ich habe die Erwartung, dass man bei solchen Projekten eine breit abgestützte und fundierte Prüfung vornimmt. Wir haben dafür ja eine gut aufgestellte und ich glaube auch eine kompetente Verwaltung, die solche Dinge auch prüfen kann. Dann sollte man solche Punkte zumindest im Bericht einfließen lassen.

Deshalb bitte ich den Gemeinderat, diese Punkte mitzunehmen und vielleicht bei einem nächsten Projekt daran zurückzudenken, und solche Dinge dem Planungsbüro dann auch weiterzugeben, wenn von deren Wartung aus nichts kommt. Selbstverständlich sehe ich von einer Rückweisung des Postulats ab, denn, bis die überarbeitete Version käme, wäre die Baustelle ohnehin vorbei, und wir wollen der Verwaltung nicht mehr Aufwand bescheren, als sie bereits hat. Danke vielmals.

Mehmet Can, Präsident: Herr Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Lieber Nico, danke schön auch für diese Frage bzw. für diesen Vorstoss im Rahmen des Geschäfts 4804, von der eben unhaltbaren Verkehrsführung im Dorfkern wegen der Baustelle in der Schönenbuchstrasse. Ich möchte erst einmal auf die Randbemerkung, die du angebracht hast, eingehen. Die Angst vor den Konsequenzen, das kann ich dir nachher gerne noch erklären, was damit gemeint ist. Angst vor Kosten kann ich irgendwo einordnen, denn Kosten können irgendwo sein. Ich habe selbst miterlebt, was es heisst, mit gewissen vorhandenen Massnahmen. Angst hat nicht geherrscht, sondern einfach eine pragmatische Entscheidung: Will man so und so viel Geld für eine Massnahme ausgeben oder nicht? Das war natürlich ein wenig einfach, wie du das Ganze dargestellt hast. Vor allem ist es wahrscheinlich aus einer Warte heraus, aus einer Sichtweise gekommen. Ich lasse dir frei, dass es so ist.

Eine wichtige Prämisse ist dabei nicht einmal gefallen, und die ist mir, bzw. der Verwaltung sehr wichtig, und das ist die Schulwegsicherheit. Wenn zum Beispiel gesagt wird, dass wechselseitig den Verkehr hätte führen können, dann muss ich sagen, das wäre nicht möglich gewesen, allein aufgrund des Begegnungsfalls nicht. Es wurde auch ausgeführt, weshalb man es nicht machen können. Diverse Massnahmen wie die vorgeschlagene, dass man Kadetten bei den Lichtsignalen hinstellt, hat man aus Kostengründen verworfen. Dies war eine Überlegung, man hat es nicht gemacht, weil man schlachtweg nicht bereit war, das Geld dafür auszugeben. Nur als Beispiel. Dann, wenn du z. B. sagst, man sieht auch jetzt, dass man die Baustelle mit laufendem Verkehr führen kann, hast du selbstverständlich recht. Wenn man in der Trottoirrinne grübelt, kann auf der Strasse gefahren werden. Wenn in der Strasse auf einem sehr breiten Perimeter gegrübelt wird, kann nicht auf dem Trottoir gegenüber gefahren werden, da schlachtweg der Perimeter fehlt. Da kommt der Bus nicht runter, da kommt der Lastwagen nicht runter, es war nicht machbar. Dass der Zugang vom Lusser von unten her machbar gewesen ist, war ein Kompromiss, den man eingehen musste, aufgrund dessen, dass er auch einen ärztlichen Auftrag hat. Das hat aber nicht unbedingt der Förderung der Baustelle gedient, muss man auch sagen.

Jetzt, folgende Dinge, die wir hatten: Man muss einfach immer ein wenig sehen, weshalb hat man es gemacht und weshalb hat man es nicht gemacht. Mir und auch der Verwaltung und auch dem Ingenieurbüro war äusserst wichtig: Wir haben auf dieser Achse von der Klarastrasse hinunter bis ungefähr zur Verzweigung Hegenheimerstrasse einen Schulweg. Dort bewegen sich viele Kinder, die in den Kindergarten Pestalozzi gehen, und es bewegen sich viele Kinder, die von unten herkommen, zum Schulhaus Schönenbuchstrasse. Und die oberste Maxime bei allen Massnahmen, die umgesetzt wurden und die wir umsetzen wollten, war: Unter der Annahme der Praktikabilität, dass es überhaupt machbar ist, muss die Schulwegsicherheit gewährleistet sein. Punkt. Schluss. Dies führte schlussendlich dazu, dass nämlich solche Dinge wie Verkehrsregimewechsel an einem Wochenende, die aus Erfahrung nur dazu führen, dass die einen Leute nicht einordnen können, wenn man Samstag, Sonntag dort hingehört, minus Aufbaurbeiten, plus Abbauarbeiten, die man dann hat. Verkehrsregimewechsel über eine längere Zeit sind erfahrungsgemäss eine unschöne Sache, weil es zu Verwirrung führen kann.

Es hat schon zu genug vorhandener Verwirrung geführt. In einem klar signalisierten Betrieb haben es diverse Leute nicht fertiggebracht, links von rechts zu unterscheiden. Es gab teilweise gefährliche Situationen. Das war Sache genug. Ich möchte gar nicht wissen, wie es manchmal ist, wenn man plötzlich gewisse Massnahmen temporär aufhört, wieder einführt, wieder aufhört, wieder einführt. Deshalb hat man sich auch dagegen entschieden, gegen solche Wochenendverlagerungen, die man macht. Das ist einfach die Erfahrung, die auch die Polizei eingebracht hat, dass es schlussendlich eigentlich zu mehr Schwierigkeiten führt als zu Lösungen. Dies sind mal ein paar Dinge, die ich mitgeben möchte. Wenn man dann sieht, weshalb wir diese Massnahmen ergriffen haben ... das kann man schon mit Dienst nach Vorschrift qualifizieren. Selbstverständlich. Das lasse ich dir frei. Es gibt einfach gewisse Möglichkeiten, die machbar sind und nicht machbar sind. Wenn meine Absicht gewesen ist, sicherzustellen, dass man den Schulverkehr, der da halt generiert wird, Fußgänger rauf und runter, dass dies eigentlich als Schulweg als maximale Prämissen eingehalten werden soll, dass er sicher sein muss, dann müssen alle Massnahmen dem subordiniert werden.

Und so war es auch. Man hat z. B. mal erwogen, dass man eine Bauabschrankung auf der Klarastrasse aufstellt, damit die Kinder dort drüben sicher sind. Das mussten wir verwerfen, weil der Mistkübelwagen nicht mehr hinkommt. Genauer gesagt: Was ist geschehen? Sowieso, wenn er gefahren ist, hat er noch einen viel grösseren Stau verursacht. Es gab sehr viele Inversionen. Man darf nicht ganz vergessen: Es ist mit dieser Baustelle eine komplexe Angelegenheit. Es ist einfach ein Lichtsignal oben und ein Lichtsignal unten. Und ja, ich gebe dir recht. Es ist maximal ärgerlich, im Stau zu stehen. Ich selbst stand viele Male drin und musste warten. Und die Staulänge bis eigentlich zur Ziegelei, das war eine Katastrophe, jawohl. Das stimmt. Wir haben ganz viele Massnahmen zum Evaluieren, zum Machen und zum Tun, was machbar wäre oder nicht ist. Wir haben ganz viele Dinge einfach verworfen, weil man festgestellt hat: Wenn man die Schulwegsicherheit nicht tangieren will, dann gehen zusätzliche Massnahmen, die wir hatten, nicht, oder es war kostenmässig nicht opportun, sie zu erwägen oder umzusetzen. Und eine Strassenführung durch den Unterteil des Schönenbuchstrasse Schulhauses war auch nicht machbar, einfach aufgrund der Gegebenheit von der Baustelle.

Jetzt ist es ein wenig anders. Ursprünglich muss man sagen, war übrigens auch geplant, dass man jetzt eine Vollsperrung macht. Deshalb hat man bereits das schon aufgenommen, die Erfahrungen mitgenommen und gesagt: Wir wollen mal schauen, wäre es nicht möglich, wenn wir Werkleitungsbaulösungen machen, wenn man auf dem Trottoir ist und nur einseitig im Trottoir, nicht gleichzeitig auf beiden Seiten, dass man dann schauen würde, dass man es weiterhin im Verkehr machen könnte? Das macht man. Es gibt teilweise auch Sperrungen, weil der Bagger fahren muss. Zulieferung muss sein. Dies führt zu kleineren Auswirkungen, das ist klar. Es ist sicher eine optimierte Variante. Hat aber auch damit zu tun, dass einfach jetzt die Anforderung eine andere ist, als sie zuvor war. Also, ich hoffe jetzt trotzdem, dass eine gewisse Zufriedenheit mit der Antwort, die hier in deinem Postulat gemacht wurde, vorhanden ist. Der Gemeinderat beantragt Ihnen deshalb, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Mehmet Can, Präsident: Herr Nico Jonasch!

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Ich komme noch einmal kurz zurück. Danke, Philippe, für deine Ausführungen. Wenn es so im Bericht gestanden hätte, wäre es eine ganz andere Geschichte, um es anzuschauen und auch zu überlegen. Danke vielmals. Für mich ist es so weit verständlich. Was den Schulweg anbelangt, und dort habe ich auch noch Rücksprache genommen, hätte man die Schule mehr einbeziehen dürfen, denn sie wurde laut Aussagen vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies einfach noch am Rande bemerkt.

Mehmet Can, Präsident: Dann kommen wir zur allgemeinen Beratung. Ich bitte den 1. Vizepräsidenten die Beratung zu führen. Danke schön.

Tim Söllck, 1. Vizepräsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Mir ist bei der Antwort des Gemeinderats ein anderer Aspekt aufgefallen, den ich etwas schräg finde. Es wurde uns im Bericht dargelegt, und sogar noch mit einem schönen Foto und Szenario dargelegt, dass diese Strasse mit sechs Metern Breite für Gegenverkehr nicht genügend breit ist. Es ist so ... es gibt ja Planungsgrundlagen, die wir für Strasseninfrastruktur haben. Konkret ist das ein Strassenreglement und ein Strassennetzplan. Dieser Strassennetzplan wird im Moment auch überarbeitet, ist in der Vorlage über die Zonenplanrevision. Das Schräge ist, dass die Klarastrasse als Sammelstrasse klassiert ist. Das Strassenreglement sagt, eine Sammelstrasse hat grundsätzlich Ausbaustandard, eine Strassenbreite von sechs Metern und dazu ein einseitiges Trottoir. Also genau das, was in der Klarastrasse vorhanden ist, ist eigentlich der offizielle Ausbaustandard für eine Strasse im Gegenverkehr, natürlich. Etwas ist

da ungereimt. Entweder man hat jetzt andere Normen oder die Bewertung, die man jetzt vorgenommen hat, weicht davon ab oder ist falsch oder was auch immer. Oder die Grundlagen im Strassenreglement und im Strassen Netzplan sind überholt oder nicht passend. Dann sollte man aber mehr oder weniger diesen Widerspruch auch auflösen. Danke schön.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dass es da im Bereich Baustellenführungen in der Gemeinde sowie vielleicht im Kanton ein wenig Nachholbedarf gibt, ist, glaube ich, umstritten. Wenn ich sehe, dass heute Nachmittag nebenan auf der Feldstrasse – die jetzt auf der einen Seite abgesperrt ist, und auf der anderen Seite eine Sackgasse ist – auf dem Zebrastreifen ein Mann steht, ganz in Gelb, am Mittwochnachmittag, und den Auftrag hat, die Schüler dort über die Strasse zu lassen ... – Ja, als ich ihn getroffen habe, hat er mich gefragt: Hey, wann kommen eigentlich die Schüler? Dann habe ich gesagt: Ja, es ist Mittwochnachmittag, da sind nicht sehr viele unterwegs. – Ja, man hat schon ein wenig Nachholbedarf. Ich habe aber eine andere Frage: Ist es nicht so, dass die Baustelle an der Klarastrasse jetzt wieder geöffnet wird? Dass es zum zweiten Mal kommt? Und wenn ja, wird man andere Massnahmen ergreifen?

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Zu Lucca Schulz und danach ...

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ich habe noch eine kurze Frage an den Gemeinderat. Sie haben zuvor von Kosten gesprochen, zusätzlichen Kosten. Sind es die auf Seite 3 der Antwort, rund 4850 Franken, oder was hätte denn das alles gekostet? Das würde mich einfach Wunder nehmen, wenn du dies noch sagen oder nachreichen könntest. Die Variante, die du erwähnt hast, die man alle verworfen hat.

Tim Sölllick, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann, kann ich dir das Wort geben?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Das kannst du schon. Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke schön für die Fragen. Ich versuche, mal kurz darauf zurückzukommen. Das von Matthias Häuptli mit dem Widerspruch nehme ich mit. Falls es einen gibt, mag sein, es ist sehr technischer Natur, ob es eine Sammelstrasse ist, ob es klassifiziert ist, das weiss ich gar nicht, was da genau steht. Das gebe ich offen zu. Ich weiss, wie breit die Schönenbuchstrasse ist, und ich weiss, wie breit die Klarastrasse ist. Die Klarastrasse, der engste Punkt, ist nun halt der oben, gerade dort zwischen Rosenbergweg und Abzweigung Schönenbuchstrasse. Das ist auch noch Klarastrasse. Dort ist sie garantiert nicht sechs Meter breit. Das kann man messen, das ist so. Trottoirmässig ist sie dort sogar zweiseitig. Wahrscheinlich ist der grösste Teil der Klarastrasse tatsächlich so, dass es nur linksseitig ein Trottoir gibt. Aber nach der Einmündung des Rosenbergwegs geht das Trottoir, welches früher sinnvollerweise der Veloweg war und jetzt eigentlich nicht mehr, haben wir dort rechtsseitig und linksseitig Veloweg, Trottoir und partiell noch ein wenig Rabatte. Das Streifchen dazwischen, das Fahrbahn ist, ist nicht sechs Meter breit und auch nicht zusammen mit dem Veloweg und mit dem Trottoir nicht. Und nur dieser enge Flaschenhals dort oben führt eigentlich zu einem grossen Problem beim Begegnungsfall.

Der Begegnungsfall, das muss man sich vorstellen, das sind Gelenkbus und Vierzigtönner. Das findet statt. Und solange das stattfindet und nicht auf der ganzen Klarastrasse abgewickelt werden kann, ohne dass es zu Friktionen führt oder ein Mensch eingreifen müsste, kann man den Verkehr auch nicht so laufen lassen, dass es mehr oder weniger der Fall werden könnte. Aber, ob dies mit der Sammelstrasse und den sechs Metern nun ein Widerspruch ist, finde ich, kann man abklären. Ich gebe es bestimmt der Verwaltung weiter.

Dann, Henry Vogt, jawohl. Die Baustelle ist bereits wieder eröffnet. Das habe ich zuvor schon erwähnt. Dort ist man bereits am Bauen. Wenn du mir zuvor aufmerksam zugehört hättest, hättest du gehört, wie ich gesagt habe, dass man jetzt im Trottoir gewisse Werkleitungen macht und nicht mehr in der Fahrbahn. Selbstverständlich erfordert dies auch andere Massnahmen wie jetzt, damit man bauen kann, ohne dass man die Strasse sperren muss und ohne, dass ein Lichtsignal vorhanden ist. Dementsprechend habe ich zuvor Nico erklärt, dass man bereits gewisse Massnahmen getroffen und gewisse Massnahmen anders ergriffen hat. Nämlich, dass man auf die wechselseitige Verkehrsführung verzichtet und unter Verkehr versucht, die Baustelle zu betreiben. Soweit es jetzt aktuell machbar ist, wird es durchgeführt. Ich bin insofern informiert, dass man es gerne so weit so lange machen will, wie es tragbar ist und es sicherheits- und baustellentechnisch machbar ist. Es kann aber nicht ganz ausgeschlossen sein, dass man noch einmal mit Ampeln oder mit Kadetten sicherstellen muss, dass

der Verkehr wechselseitig geführt wird. Deshalb sind auch alle Markierungen noch vorhanden. Die hat man absichtlich noch nicht abgeprotzt. Dies ist mein Wissensstand der Dinge, die man aktuell hat.

Nun zu Lucca Schulz und wegen der Kosten. Das sind nicht nur die 4 850 Franken, die man hat, denn das ist nämlich nur das Verkehrsingenieurbüro. Die ganzen Kosten der Lotsen etc., sind tatsächlich gar nicht aufgeführt. Das stimmt. Das hätte man machen können. Müsste ich jetzt lang und mühsam suchen. Wenn du es gerne wissen möchtest, schreibe mir das doch bitte per Mail, und ich verlange es bei der Verwaltung, und dann hast du es. Aber es steht nicht im Bericht, was das angeht. Ist das auch okay?

Tim Söllick, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Mehmet Can, Präsident: In diesem Fall kommen wir jetzt zum **Antrag des Gemeinderats**. Und zwar:

*Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:
Das Postulat von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 14.10.2025, betreffend unhaltbare Ver-
kehrsleitung im Dorfkern wegen der Baustelle in der Schönenbuchstrasse, Geschäft 4804,
wird als erledigt abgeschrieben.*

Wer dem so folgen will, bitte jetzt mit dem Stimmzettel abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://:

Sie haben es **einstimmig angenommen**.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung** über das Geschäft als Ganzes. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen will, möchte bitte mit der Karte abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://:

Sie haben somit das **Geschäft als Ganzes erledigt**, bzw. **abgeschrieben**.

Mehmet Can, Präsident: Es ist zehn nach neun Uhr. Ich gehe mal davon aus, bevor weitere Anträge kommen, schliessen wir heute Abend somit ab. Besten Dank. Kommt gut nach Hause. Bis zum nächsten Mal.

ENDE DER SITZUNG 21.10 Uhr